

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
 $2\frac{1}{2}$ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
($1\frac{1}{4}$ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf., als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese, mit Ausnahme des Sonntags, täglich erscheinende Zeitung durch alle Königlichen Postämter der ganzen Monarchie zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen gebrüten Publikums werden, außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmsstraße Nr. 9,
Carl Vorhardt, Friedrichs- und Lindenstr.-Ecke Nr. 19,
M. Gräzer, Berliner- und Mühlenstrassen-Ecke,
H. Knaster, Ecke der Schützenstraße,

Pränumerationen auf unsere Zeitung pro 1stes Quartal annehmen, und wie wir, die Zeitung am Nachmittage um $4\frac{1}{2}$ Uhr ausgeben.

Das Abonnement kann zwar für hiesige Leser auch bei dem Königlichen Postamt hieselbst erfolgen, wir bemerken indeß, daß in Folge höherer Anordnung im Preise kein Unterschied mehr zwischen dem auswärtigen und dem Lokal-Debit gemacht wird. — Wichtige telegraphische Depeschen enthalten die Posener Zeitung schon an demselben Tage, während die Berliner Blätter dieselben erst am nächsten Morgen hierher bringen können; bei außerordentlichen Ereignissen erscheinen **Extrablätter**. — Auch erhalten wir täglich die **Preise der Produkte-Börse** und die **Stimmung der Fondsbörse** zu Berlin und Stettin durch den Telegraphen und sind somit in den Stand gesetzt, dieselben unsern Lesern am Nachmittage mitzutheilen. — Vielseitigen Wünschen zu genügen, werden wir auch künftig die **vollständigen** Lotterie-Gewinn-Listen aufnehmen.

Posen, den 28. Dezember 1863.

Um mehrfach geäußerten Wünschen unserer Leser zu genügen, werden wir künftig einen ausführlicheren (den Freieschen) Kammerbericht geben.

Amtliches.

Berlin, 25. Dezember. Se. Maj. der König haben Allernächtigt geruht: Dem Oberstleutnant a. D. von Bölicher zu Stolp, dem Stadtgerichtsrath Gaecke zu Königsberg i. Pr., dem Steuereinnehmer Dieb zu Suhl im Kreise Schleusingen, den evangelischen Pfarrern Große zu Groß-Osterhaußen im Kreise Quedlinburg und von der Heyden zu Geldern, den katholischen Pfarrern Holl zu Kapellen im Kreise Geldern und Brügel zu Geldern, den Notthen Adlerorten vierter Klasse, dem Landrentmeister Geheimen Rechnungsrath Sturzel zu Poten den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Steuereinnehmer a. D. Kamminsky zu Lüdinghausen und dem Apothekerbetreiber Dannenberg zu Isterbog den königlichen Kronenorden vierter Klasse, sowie dem Steueraufseher Alte zu Düsseldorf, dem Regierungs-Kanzleidienner Schietz zu Köln, dem Thorwärter Adam zu Wissel bei der Königlichen Porzellan-Manufaktur zu Berlin, dem Postillon Gramzow zu Berlin und dem Nachtwächter Gottlob Urbau zu Sudenburg-Magdeburg das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Großherzoglich mecklenburgischen Ober-Medizinalrath und Professor Dr. Gustav Reit in Rostock zum ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität zu Bonn mit dem Charakter als Geheimer Medizinalrat; und den Stadtgerichtsrath Einbeck hierelbst zum Kammergerichtsrath zu ernennen; den Ober-Bauinspektoren Hermann zu Legnitz, Koch zu Polen und Fessel zu Oppeln den Charakter als Baurath; sowie dem Geheimen Registratur im Geheimen Civilkabinet Ernst Friedrich Gustav Freie den Charakter als Kanzleirath; und den Ober-Postkassen-Rendanten Bartling in Minden und Conradi in Breslau den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen; ferner den nachbenannten Offiziären die Erlaubnis zur Anlegung der von des Kaisers von Preußen Majestät ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: des Kommandeurkreuzes des Leopoldordens: dem Generalmajor von Werder, Kommandeur der 8. Infanteriebrigade; des Ritterkreuzes desselben Ordens: dem Obersten von Boe, Chef der Abtheilung für die Armee-Angelegenheiten im Kriegsministerium; sowie des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse: dem Oberstleutnant Bichler, Geniedirektor der Bundesfestung Mainz, und dem Major von Erhardt, vorläufigen Adjutanten des Prinzen Carl von Preußen Königliche Hoheit. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Nödenbeck in Grünberg ist zum Rechtsanwalt bei dem Obertribunal ernannt worden.

Der Geheimen Kanzlei-Assistent Wanckemuth ist zum Geheimen Kanzleidirektor im Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ernannt worden.

Das 43. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5792 den Freundschafts-, Handels- und Schiffsahrtsvertrag zwischen Preußen und den übrigen Staaten des deutschen Bunde einerseits und der Republik Chili andererseits; vom 1. Februar 1862; unter Nr. 5793 den Allerböchtesten Erlass vom 16. November 1863, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Altenkirchen nach Schürdt bei Hammersfeld an der Rheinstraße, im Regierungsbezirk Koblenz, an die betreffenden Gemeinden; unter Nr. 5794 den Allerböchtesten Erlass vom 16. November 1863, betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung eines Chausseegeldes auf der Strecke von Tönisstein bis Oberkirchen als Fortsetzung der Brohl-Tönissteiner Chaussee, an die Gemeinden Burghrohl, Nieder- und Oberweiler und Nieder- und Oberveis; unter Nr. 5795 den Allerböchtesten Erlass vom 16. November 1863, betreffend die Verleihung des fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Zweig-Chaussee von Emden bis zur Alvensleben-Brambörger Chaussee, im Kreise Neuhaldensleben, Regierungsbezirk Magdeburg, an die Unternehmer, den Besitzer des Ritterguts Emden und in die Gemeinde Emden; unter Nr. 5796 den Allerböchtesten Erlass vom 30. November 1863, betreffend die Aufhebung des in der Polizeiordnung für den Hafen und die Binnengewässer von Danzig vom 30. Januar 1821 enthaltenen Verbots des Feueranmachens auf den Schiffen und des Kochens außerhalb der Privathäuser und der Kochhäuser; unter Nr. 5797 den Allerböchtesten Erlass vom 30. November 1863, betreffend die Einrichtung einer Handelskammer für die Stadt Swinemünde einschließlich des fiskalischen Hafengrenzdes im Kreise Usedom-Wollin des Regierungsbezirks Stettin; unter Nr. 5798 die Bekanntmachung, betreffend die Allerböchteste Genehmigung der Änderung des Statuts des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins zu Herborn vom 5. Juli und 4. August 1854. Vom 3. Dezember 1863; und unter Nr. 5799 die Bekanntmachung, betreffend die Allerböchteste Genehmigung der unter der Firma „Aachen-Höngener Bergwerks-Aktiengesellschaft“ mit dem Sitz zu Aachen errichteten Aktiengesellschaft. Vom 10. Dezember 1863.

Berlin, den 22. Dezember 1863.
Debitskonto der Gesetzesammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Hamburg, 25. December, Nachmittags. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ vom 24. d. Abends meldet, das Ministerium habe seine Entlassung eingereicht. „Faedrelandet“ bringt die Nachricht, die es als beunruhigend bezeichnet, daß der Reichsrath zum Montag wieder einberufen worden sei. Die „Posttidning“ vom 22. d. er-

klärt offiziell gegen das Stockholmer „Aftonbladet“, daß Schweden schon seit längerer Zeit eine besondere Defensivallianz nicht gewünscht und die Novemberverfassung als einen dreisten Schritt nicht gutheißen habe.

Altona war gestern Abend illuminirt; alles in bester Ruhe und Ordnung. Auf Sonntag ist eine große Volks-Versammlung aus allen Theilen des Landes nach Elmshorn berufen. (S. unten.)

Nach Mittheilungen aus Kopenhagen hat der König gegen die dortigen bei ihm versammelten Offiziere des Heeres und der Flotte geäußert, er hoffe, daß der Friede auf verfassungsmäßigem Wege erhalten werden könne. Er gedenkt, sich am Montag zum Besuch zu der Armee zu begeben. Der Rücktritt Hall's ist dem Vernehmen nach dadurch veranlaßt, daß der König die Aufhebung der Novemberverfassung verlangt. Schweden befürwortete diese Aufhebung. Man erwartete die Bildung eines Kabinetts durch den Baron Scheel-Plessen, den Grafen Reventlow-Grimm und den Grafen Carl Moltke.

Altona, 25. Dezember, Mittags. Nach gutem Vernehmen sollen Rendsburg und der Friedrichstadtter Brückenkopf geräumt und der letztere geschleift werden. Die Dänen verlassen heute Neumünster. In Pinneberg, Elmshorn, Glückstadt ist Herzog Friedrich proklamirt worden.

Altona, 25. Dezbr. Nachm. Die Bundeskommissarien haben Bekanntmachungen folgenden Inhalts erlassen: Der Sitz unserer Geschäfte befindet sich bis auf Weiteres in Altona. Eingaben sind an die Bundeskommission für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in Altona zu richten. Sämtliche Behörden und Beamten erhalten hiermit die Anweisung, in allen Fällen, in welchen bisher an das Ministerium für Holstein und Lauenburg oder an das gemeinschaftliche Ministerium in Kopenhagen zu berichten war, fortan an uns zu berichten. Die Polizeibehörden in Holstein und Lauenburg haben in Betracht der gegenwärtigen Zeitverhältnisse über alle auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung bezüglichen wichtigen Vorgänge in ihren Bezirken stets unverzüglich, über die Lage der öffentlichen Verhältnisse in ihren Bezirken bis auf Weiteres alle 14 Tage unmittelbar an uns Bericht zu erstatten. Es wird ihnen besonders zur Pflicht gemacht, mit Umsicht, Sorgfalt und Ernst, nöthigenfalls mit Nachdruck dahin zu wirken, daß Gesetz und Ordnung in den betreffenden Bezirken auch in der gegenwärtigen bewegten Zeit aufrecht erhalten bleiben.

Die eingetretene Suspension der landesherrlichen Rechte bedingt auch selbstverständlich für die Dauer dieses Zustandes den Wegfall der Erwähnung des Königs Christian von Dänemark im Kirchengebet. Zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens, sowie zur Vermeidung von Störung des Gottesdienstes ist bis auf Weiteres in das Kirchengebet unter Weglassung jeder natürlichen Bezeichnung des Landesherrn lediglich die Fürbitte für die Regierung sowie deren Diener und Räthe mit aufzunehmen.

Hamburg, 26. Dezember, Nachmitt. Ein Extrablatt des „Dagbladet“ meldet, der König habe die Demission des ganzen Ministeriums angenommen, welche in Folge des Drucks der auswärtigen Mächte gegeben wurde, da Preußen erklärt hat, bei Einführung der Verfassung Dänemark den Krieg erklären zu wollen. Der König will die Verfassung aufheben. Bis jetzt war ein neues Ministerium nicht zu bilden. Major Andreä und an-

dere Mitglieder der Rechten lehnen die Neubildung eines gesamtstaatlichen Ministeriums ab. Der Reichsrath soll auf Montag berufen sein, jedoch ist nicht bekannt, ob und von wem die Einberufungsordre kontrahiert ist.

Die sächsischen Exekutionstruppen werden morgen ihren Marsch auf Segeburg fortsetzen.

München, Sonnabend 26. Dez. Die „Bayersche Zeitung“ erklärt die Mittheilung der „Presse“, daß der König von Bayern ein Handschreiben, betreffend die Anerkennung des Herzogs von Augustenburg, an sämtliche deutsche Fürsten gerichtet habe, für unbegründet.

(Vorstehende Nachrichten sind bereits in einem gestern ausgegebenen Extrablatt enthalten.)

Lüttich, Sonnabend 26. Dezember, Abends. Das offiziöse „Journal de Liège“ versichert, daß England wegen des Zusammentritts einer Konferenz in der dänischen Angelegenheit in London unterhandelt und daß diese Unterhandlungen dem Abschluße nahe seien.

Kopenhagen, Sonnabend 26. Dezember. Nach „Berlingske Tidende“ hat der König das Dampfboot „Schleswig“ beordert, sich segelfertig zu machen, um ihn nach Beendigung der Ministerkrise nach Schleswig hinüberzuführen.

Die Ministerkrise dauert fort; der König hat die Entlassung des Ministeriums noch nicht endgültig angenommen. Die Einberufung des Reichsrathes wird nur unter Contratualatur eines Ministers erfolgen.

Wie verlautet, werden die Aufforderungen Englands und Russlands auch von Frankreich unterstützt.

„Dagbladet“ sagt in seinem Leitartikel, der König könne jetzt durch keinen Alt, der auf etwas geringeres hinausginge, als auf die Einräumung eines Theils von Schleswig-Holstein, seine deutschen Unterthanen gewinnen und die von Deutschland drohenden Gefahren abwenden. Jede andere Nachgiebigkeit sei gegen den Süden machtlos, beraube aber den König des vollen Vertrauens und der unerschütterlichen Hingabe seiner dänischen Unterthanen, ohne welche der Kampf hoffnungslos sein werde.

Altona, Sonntag 27. Dezember. In der Bekanntmachung der Bundeskommissarien, welche ihr Bedauern über die vorgekommenen Störungen der Ordnung ausspricht, heißt es des Weiteren: Nicht nur, daß man so weit gegangen ist, anstatt die Entscheidung des Bundes zu erwarten, durch aufgeregte Versammlungen den Erbprinzen Friedrich als Herzog von Holstein förmlich proklamieren zu wollen, hat man anderwärts in strafbarer Nichtachtung der Gesetze verfassungsmäßig eingeführte Behörden außer Thätigkeit setzen und unseren Entschließungen wegen Entlassung von Beamten, welche kein Vertrauen genießen, durch gewaltsame Entfernung derselben vorgreifen wollen.

Haben wir auch Kundgebungen der Unabhängigkeit und Liebe für das Augustenburger Haus, so lange es dabei bleibt und die gesetzlichen Schranken innegehalten werden, nicht entgegneten, so können doch derartige bedrohliche, gegen die Autorität des deutschen Bundes gerichtete Ausschreitungen, sowie Angriffe auf die Person einzelner Beamten in keiner Weise geduldet werden und müssen wir mit allem gesetzlichen Nachdruck der Wiederholung ähnlicher Vorgänge zu steuern und die Schuldigen zur Verantwortung und gesetzlichen Strafe zu ziehen uns verpflichtet halten. Wir erwarten, daß diese Warnung genügen werde, um die Bevölkerung in den Grenzen der Gesetzlichkeit zu erhalten.

Altona, Sonntag 27. Dezember, Vormitt. Eine Bekanntmachung der Bundeskommissäre vom gestrigen Tage spricht sich entschieden gegen alle Ausschreitungen, besonders dagegen aus, daß durch Proklamirung des Herzogs von Augustenburg dem Entscheid des Bundes vorgegriffen und daß Beamte willkürlich abgesetzt würden. Die Kommissäre fordern zur strengen Befolgung ihrer ersten Proklamation auf, wollen übrigens nichts dagegen einwenden, daß dem Augustenburgischen Hause Zeichen von Abhängigkeit gegeben würden.

Der „Altonaer Merkur“ enthält folgende Nachrichten: Die Dänen ziehen sich Schritt vor Schritt vor den Bundesstruppen zurück. In Elmshorn hielten vorgestern zwei Kompanien Dänen den Bahnhof so lange besetzt, bis zwei Schwadronen Sachsen anlangten. Die Letzteren übernachteten am Orte und in ihrer Gegenwart wurde Herzog Friedrich proklamirt. Die in Schleswig liegenden aus den nördlichen Theilen des Herzogthums rekrutierten Bataillone sollen offen erklärt haben, daß sie auf die Deutschen nicht schießen würden. In Rendsburg war am 25. das Militär eifrig beschäftigt, die aufgepflanzten Palisaden wieder wegzunehmen. Man sagt allgemein, die sechs nördlich der Eider belegenen ursprünglich zu Holstein gehörigen Dörfer, die im Frieden Schleswig einverlebt worden, sollten von den Bundesstruppen besetzt werden. Die Zollneinrichtungen sind in Verwirrung. In Glücksbürg hat am 25. d. eine Versammlung der Stadtbewohner den Herzog Friedrich proklamirt. Man sagt, auf Anordnung des dänischen Generals Steinmann würde am 27. d. mit den Eisenbahnen vom Norden her nur eine beschränkte Personbeförderung stattfinden.

Altona, Sonntag 27. Dezember, Mittags. Der General Hake hat von dem Chef des dänischen Generalstabs die offizielle Anzeige erhalten, daß Rendsburg geräumt wird. In Oldesloe ist gestern der Herzog proklamirt worden. Nach Kopenhagener Privatbriefen hatte Hall den Gesandten Preußens und Ostreichs erklärt, daß er sie nicht mehr als Mitglieder des diplomatischen Korps betrachte; in Folge spezieller Ordre waren die Gesandten jedoch nicht abgereist. Das Stockholmer Blatt „Mya Dagligt Allehanda“ will wissen, daß die revolutionäre skandinavische Partei Agenten nach Stockholm gesandt habe.

Elmshorn, Sonntag 27. Dez., Nachmittags. Aus allen Theilen des Landes ist hier eine unabsehbare Menge zusammengeströmt. Tausende haben aus Mangel an Beförderungsmitteln zurückbleiben müssen. Die Versammlung wurde unter Choralgesang eröffnet; Rave aus Theshoe und Wiggers aus Rendsburg beantragten Namens des Bundeskomitees eine Adresse an den Herzog, in der es unter An-

derm heißt: „Soweit Schleswig-Holstein von den feindlichen Truppen geräumt ist, haben Stadt und Land die heutige Volksversammlung beschickt. Von den hier versammelten schleswig-holsteinischen Staatsbürgern sind Ew. Hoheit unter unermäßlichem Jubel als rechtmäßiger Landesherr, als Herzog von Schleswig-Holstein feierlich ausgerufen worden. Welche Opfer es kosten mag, das Land wird sie bringen.“ Diese Adresse wurde einmütig jubelnd angenommen. Meß aus Darmstadt brachte Namens des engeren Ausschusses in Frankfurt die Zusicherung, daß das deutsche Volk bereit sei, mit Gut und Blut für Schleswig-Holstein einzustehen.

Unter unermäßlichem Jubel brachte Wiggers als Antwort ein Hoch auf das freie einige Deutschland aus. Die Versammlung wurde in größter Ordnung mit jubelnden Hochs auf den Herzog geschlossen.

Elmshorn, Sonntag 27. Dezbr., Abends 6 Uhr. An zwanzigtausend Unterthanen haben soeben unserem Landesherrn gehuldigt. Wohl an 4000 Personen aus dem Ditmarschen, Kiel, Rendsburg und Land Oldenburg kommen erst eben nach der Huldigung an, weil es an Beförderungsmitteln gefehlt.

Warschau, Sonnabend 27. Dezember, Nachmitt. Heute Mittag hat in der Krakauer Vorstadt vor dem Grodzickischen Hause auf ein Mitglied der Untersuchungskommission ein Mordversuch stattgefunden. Der Thäter blieb unermittelt. Den Bewohnern des Grodzickischen Hauses ist die Räumung desselben binnen 48 Stunden anbefohlen worden.

In Schleswig-Holstein

haben während des Festes die Dinge ihren Verlauf dahin genommen, wo wir schon vor Wochen ihr Ziel sahen. Die Dänen gehen aus Holstein zurück und überlassen es, wie der österreichische Diplomat vorhergesagt, ohne Flintenschuß den Bundesstruppen, während die nachfolgenden Bundeskommissarien „die Ordnung“ sowohl im Interesse Dänemarks als des Bundestags herstellen. Sollte die Gesamtstaatspartei in Kopenhagen im Unnach über den freiwilligen Rückzug der dänischen Truppen zu Excessen schreiten, so genießt Christian IX. nun den Vortheil, seine Beschützer näher zur Hand zu haben. Von ernster Natur dürften der gleichen Excess aber ohnehin nicht werden, da sie nur innerhalb einer Partei, nicht im Volke selbst Nahrung finden würden. Es müßte wenigstens eine eigenthümliche Volksrevolution sein, die darauf hinausließe, die klaren und verbrieften Rechte ganzer Landestheile zu vernichten, deren Bestand dem dänischen Volke nicht den geringsten Schaden bringt. Die aufgeregten Elemente in Kopenhagen gehören zu dem Anhange des Ministeriums Hall, und sobald dieses aufthornt wird, seine Parole zu ertheilen, wird die Aufregung von selbst nachlassen. Im übrigen wird mit der Enthebung des Ministeriums, die nach den heutigen Nachrichten noch keineswegs definitiv feststeht, kluglich gezögert, um die Wogen des politischen Partietreibens sich um so sicherer allmählig und ohne Gewaltanwendung legen zu lassen. Inzwischen ist die Diplomatie schon bereit, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Was kann sie anders wollen, als Bekräftigung des Londoner Protokolls? Ihr kann aber der Bundestag einen Strich durch die Rechnung machen, wenn er seine

Ein Beitrag zur verpfändeten Ehre. Erinnerungen eines Schleswigers.

Am Ostersontag, den 23. April 1848, ward das Treffen bei Schleswig geschlagen. Die letzte dänische Kanonengug, vom Schloß Gottorp gegen das Prinzenpalais (Besitz des Prinzen Friedrich von Augustenburg), bis wohin die Preußen vorgedrungen waren, entendet, verwundete zwei Offiziere, Philipp von Normann und Alexander v. Berg, die auf der Brücke vor dem Palais standen. Sie starben an ihren Wunden, und der Gedenkstein, welcher ihnen auf Wunsch ihrer Familie durch die Bemühungen des braven Generals Otto Graf Baudissin errichtet ward, wird bis jetzt auf dem Friedericksberger Kirchhof von treuen Händen gepflegt; er ist von Ephen und Immergrün umrankt und wird stets neu mit Kränzen geschmückt. Auf demselben Friedhof ruhen viele gefallene Dänen. Doch ein gemeinschaftlicher Gedenkstein mit der Inschrift: „Es ruhen hier in Frieden, die da fielen in erster blutiger Entscheidung für Schleswig, ob es zum Norden gehöre, wie es plötzlich sollte, oder zum Süden, wie es herzlich wollte“, ward nach der dänischen Occupation, trotz des Protestes des Senators Wiel, zur Seite gebracht. Probst Nielsen, der nach seiner Verbannung im Großherzogthum Oldenburg als General-Superintendent eine neue Wirksamkeit fand, hatte den Stein am Pfingsttage 1849 geweiht, als er in ergreifender Redi das Denkmal des bei Friedericia gefallenen preußischen Hauptmanns Alexander v. Delins, der die ganze Kraft seines genialen Geistes unserem Lande geopfert hatte, im Glanze der Abendsonne geopfert hatte.

Schon am Abend des Treffens und dann an den folgenden Tagen lehrten die Vertriebenen und Geflüchteten zurück, welche nach dem Unglücksstage von Van die Stadt verlassen hatten, um nicht das Schicksal der Nordschleswiger zu theilen, deren viele deutschgesinnte Männer unter barbarischer Behandlung plötzlich davongeschleppt waren. Freude und Schmerz mischten sich wunderbar in der befreiten Stadt bei dem Anblick der schwer verwundeten deutschen Kämpfer in den verschiedenen Lazaretten (so unter Andern bei dem Schmerzenslager des Premier-Lieutenants Fricke vom braunschweigischen Generalstabe), der niedergebrannten Wohnungen in Bustdorf, der Kugeln in den Häusern, der blutigen Spuren harten Kampfes auf der Villa des Freiherrn v. Brockdorff und auf Annenöhre. Eine der letzten dänischen Kugeln hatte den Sohn des damaligen Obergerichts-Advokaten Fröhlich auf dem Holzplatz im Thiergarten getötet.

Am 26. April richtete der Höchstkommandirende, der k. preuß. General der Kavallerie v. Wrangel, folgendes Schreiben an die provvisorische Regierung von Schleswig-Holstein, das zur Kunde der Einwohner der Stadt Schleswig gebracht ward: „Nach der Einnahme von Schleswig wurden die Truppen von den Einwohnern bei ihrem Einrücken mit Jubel empfangen, man bestrebte sich, den Soldaten eine freundliche Aufnahme zu bereiten und für Verpflegung nach Kräften zu sorgen. Dieser Empfang, der unseren Truppen in Schleswig zu Theil wurde, hat mir die Überzeugung verschafft, daß auch hier ein echt deutscher Sinn herrscht,

Selbstständigkeit wahrt. In wenigen Tagen hat der holsteinische Ausschuß über die Erbfolgefrage zu berichten; fällt dieser Bericht auch nicht unbedingt für den Herzog von Augustenburg aus, so muß er doch in richtiger Konsequenz früherer Beschlüsse zweifellos gegen König Christian IX. ausfallen, und sollte der Bundestag demgemäß beschließen, so würde er die bedeutendste Bresche in die Londoner Abmachungen von 1852 legen. Vertreten die beiden deutschen Großmächte wirklich deutsche und nicht auswärtige Interessen, so dürfen sie das Votum des Bundestags nicht alterieren. Wir haben aber wenig Hoffnung, daß derselbe von dieser Seite ohne nachtheilige Beeinflussung bleiben werde. Wenn man den heutigen Ton der feudalen Blätter mit ihren früheren Auszügen vergleicht, ihre Zornausbrüche gegen den Herzog von Augustenburg, ja selbst gegen die Regierungen der Mittelstaaten, welche seine Erfolge begünstigen, wenn man sieht, wie sie die ganze Bewegung für Schleswig-Holstein als eine demokratische verdammten und die Regierungen von Gotha, Bayern und andere als Mithuldige denunciren, und dann annimmt, daß dieser Ton in hohen Regionen seinen Widerhall findet, dann muß man darauf rechnen, daß die Großmächte, anstatt sich von den Mittelstaaten fortziehen zu lassen, sie und den Bundestag auf das diplomatische Gewebe zurückdrängen und die Gunst der Situation nicht benutzen werden.

Bauen sie auf die Garantie, welche Dänemark den Herzogthümmern für die Zukunft bieten soll, so verkennen sie völlig die Stimmung und die Macht der agitatorischen Parteien in Dänemark, welche, wie wir gesehen, den König selbst zu Gewaltmaßregeln zu zwingen vermag, und im Stande ist, selbst ehrlich gemeinte Versprechungen der Regierung illusorisch zu machen. Schaffen wir uns daher selbst Garantien, wenn das Schicksal der Herzogthümer dauerhaft, und Deutschlands würdig, gesichert werden soll.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 27. Dezember. Am 23. d. M. ist aus Elberfeld eine Adresse an E. Maj. den König abgegangen, an der sich die meisten Notabeln der Stadt beteiligt haben sollen. Sie lautet: Allerdurchlauchtiger, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Ew. Majestät haben die treugehorfaßt unterzeichneten Bürger unserer Stadt und fragen schmerzbewegt und in tiefer Ehrfurcht ihren hohen Herrn und König: Soll Schleswig-Holstein abermals für Deutschland verloren gehen? Das wäre Gott nicht! — und das will auch das deutsche Herz unteres geliebten Königs nicht. — In unserm Vaterlande ruhen beim Namen Schleswig-Holstein alle Partei-Unterschiede. Wir bitten Ew. Majestät aus tiefstem Herzen: Wahre Sie, in deßen starke Hand das schöne Anrecht und die Macht gelegt ist, Hüter und Vorkämpfer echter deutscher Freiheit und Einheit zu sein, wahren Ew. Majestät diese herrlichen Provinzen unserm Vaterlande.

Der offiziöse Korrespondent der „Elb. Z.“ berichtet, daß für den Fall der Verweigerung der 12 Millionen-Anleihe durch das Abgeordnetenhaus eine Keronenarie ins Auge gefaßt sei. Nach anderen Berichten soll Graf Arnim-Bogenburg 260.000 Thaler zu einer „freiwilligen Anleihe“ im Sinne des Herrenhauses beisteuern wollen. Nach der „Kreuzztg.“ liegen bereits zahlreiche Anerbietungen angehender Banquiers vor, die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Anleihe „ohne Weitere“ zu übernehmen.

General Fleury hat, wie man vernimmt, hier Ansiedlungs-Vorschläge getroffen, von denen angenommen wird, daß ihnen die Zustimmung der dänischen Regierung schon im Voraus ertheilt ist. Die sehr lebhaften Verhandlungen, die seit der Ankunft des Generals in Berlin zum Theil unter seiner Bziehung zwischen Herrn v. Bismarck, dem Grafen Karolji, Sir Andrew Buchanan und Herrn Quaade stattgefunden haben, stehen muthmaßlich mit diesen Vorschlägen in Verbindung.

Das mehrwähnige Schriftstück, welches Geh. Rath Jacob

und ersuche ich eine hohe Regierung ergebenst, Schleswigs Einwohnern meinen innigsten Dank für die freundliche Aufnahme geneigtest erkennen zu geben.“

Das 2. Bataillon des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments, das 11. Husaren- und das 7. Infanterie-Regiment wurden in Schleswig einquartiert. Am Sonnabend den 6. Mai gaben die Schleswiger den preußischen Offizieren ein Diner auf der „Stampfmühle“, am Abhange des Thiergartens. Ein Offizier recitirte unter vielem Beifall ein Gedicht auf Schleswig. Der damalige Präsident der schleswig-holsteinischen Regierung (jetzige Minister des Innern bei Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein) Fr. a. n. c. brachte den tapferen Kriegern, die Schleswig befreit hatten, den ersten, jubelnd begrüßten Toast, und dankten erheblich der Oberst v. Bequinigolle, der Kommandeur des Kaiser-Franz-Regiments, und sprach mit klarer fester Stimme: „Von dem Augenblick an, als mein König und Herr seine Preußen nach Schleswig-Holstein sandte, war die Sache Schleswig-Holsteins die Sache Preußens, und so wird es bleiben, bis die preußischen Waffen die schleswig-holsteinische Angelegenheit ausgefochten haben.“ Wie hocherfreut und tiefbewegt wir diese Zusage aufnahmen, läßt sich nicht beschreiben, hörten wir hier doch aus dem Munde eines hohen preußischen Offiziers eine Wiederholung der königlichen Zusicherungen Friedrich Wilhelms IV. an den Herzog von Augustenburg. — Nach vierwöchentlichem Cantonnement ging das Regiment weiter nach Norden. Oberst v. Bequinigolle schreite unter dem 21. Mai folgendes Schreiben an den Bürgermeister, Etatsrath Jessen: „Indem ich nach heute erhaltenem Befehl morgen früh mit dem 2. Bataillon meines Regiments das freundliche Schleswig nach einem Aufenthalt von vier Wochen verlasse, um zur Armee zu gehen, kann ich unmöglich von einer Bürgerschaft, die uns mit so herzlicher Hingabe und Freundschaft aufgenommen und so ausgezeichnet die Truppen gepflegt hat, scheiden, ohne der selben nicht unsern allzeitigen Dank für Beides auszusprechen. Mögen Sie die Überzeugung haben, daß wir mit der aufrichtigsten Achtung und Freundschaft die lieben Bewohner Schleswigs verlassen und auch in der Ferne mit herzlichster Theilnahme ihrer wie der herrlichen Frauen gedenken werden, die mit so liebervoller Aufopferung unsere Verwundeten hier pflegen. Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, der Dollmetscher unserer Gefühe bei Ihrer Bürgerschaft zu sein und die Versicherung wahrer Hochachtung hinzunehmen.“ Einige Zeit nachher sandte Ihre Majestät die jetzt verwitwete Königin Elisabeth von Preußen an die Frauen Schleswigs silberne Medaillen mit ihrem Brustbild und der Umschrift: „Elisabeth, Königin von Preußen,“ auf dem Revers: „Zum Andenken an 1848.“ Die Schleswiger Frauen bewahren diese Andenken königlicher Anerkennung als Unterpfänder der Theilnahme, welche unser unglückliches Land 1848 in Preußen gefunden, wie traurig auch die Politik späterer Zeiten geworden, welches Unheil sie über das geopferte Schleswig auch gebracht hat.

Der Krieg nahm seinen Verlauf. Es war nicht die Schuld der preußischen und der anderen deutschen Krieger, die für uns fochten, daß das Ende, und zwar ein gutes Ende, nicht rasch erreicht ward. Sie haben

ans ihre Theilnahme bis zuletzt bewahrt, als sie ohne die von ihnen, wie von uns, ersehnte Entscheidung herbeigeführt zu haben, unser Land nach dem Willen der Diplomatie verlassen mußten. Als der während des letzten Waffenstillstandes im südlichen Schleswig kommandirende damalige Generalmajor v. Hahn, gewiß sehr wider seinen Willen, im Sommer 1850 seine Truppen südwärts in die Heimat führen mußte, erließ er am 13. Juli an den Magistrat der Stadt Schleswig folgendes Schreiben: „Da bereits morgen ein Bataillon von hier abmarschiert und ich übermorgen mit den Truppen die Stadt verlasse, so nehme ich heute schon Veranlassung, einem ländlichen Magistrat für dessen freundliches Entgegenkommen und gütige Unterstützung während meines hiesigen Kommando's meinen verbindlichsten Dank und zugleich die ganz ergebenste Bitte auszusprechen, den hiesigen Einwohnern bekannt zu machen, daß wir mit dem innigsten Dank und der größten Hochachtung von ihnen scheiden, daß ihr Benehmen und Verhalten gegen uns hier die Heimat nicht vermissen ließ, daß wir stets den innigsten Anteil an dem Wohl der Herzogthümer Schleswig-Holstein und besonders der Stadt Schleswig nehmen werden und ihnen zum Abschiedsgruß unsern herzlichsten Wunsch zurufen: daß diesem herrlichen Lande und seinen von uns geliebten Bewohnern recht bald ein segensreicher dauernder Friede zu Theil werden möchte.“

Wie wenig sind diese Wünsche der tapfern preußischen Armee erfüllt worden! Schon das nächste Jahr brachte die „Pacificirung“; und wie alles das gehalten ist, was von dänischer Seite für die Herzogthümer verprochen ward, davon hat die Geschichte der zehn seitdem verfloßenen Schmerzensjahre Europa genugsame Klunde gegeben. Schleswig ist schmachvoll gefnechtet. Dänen predigen in seinen Kirchen, Dänen sind zu Lehrern seiner Jugend gesetzt, Dänen sollen ihm Recht sprechen. Das Band, welches seit Jahrhunderten Schleswig mit Holstein verband, ist gewaltsam zerrissen, die besten Männer des Landes vertrieben, jede Freiheit, jede Selbstständigkeit ist ihm geraubt, selbst der deutschen Majorität der verkrüppelten Ständeversammlung ist gewaltsam das Wort verwehrt. Wie aber dennoch das Volk Schleswigs trotz 10jähriger unsäglicher Drangsal echten Mannesmuth bewahrt, die Hoffnung auf endlichen Siegen der gerechten Sache nicht verloren hat, davon gibt die Adresse der 9. ordentlichen Ständeversammlung des Herzogthums im Juni 1860, davon geben die damaligen Petitionen aus Schleswig, Eckernförde, Angeln und Eiderstedt, die zwar ihre Verfasser und Absender dem dänischen Gericht versallen ließen, öffentlichen Beweis. Gest hat die Stunde der Entscheidung — und wohl zum letzten Mal — für uns geschlagen. Der oldenburger Mannesmuth ist erlochen; die Herzogthümer sind rechlich von Dänemark gelöst. Aber es gilt noch schweren Kampf, wenn der Sieg unser sein soll. Daß die preußische Armee ihn mit uns zu kämpfen bereit ist, wie vor 15 Jahren, dess' sind wir gewiß!

an den Geh. Rath Engel gesandt und das aus einem Briefe des Dr. Ameling in Stettin und aus einer Nachschrift des Geh. Raths Jacobi besteht, wird jetzt von der „Zdr. Corr.“ mitgetheilt und lautet danach, wie folgt:

Stettin, den 3. Juni 1863. Hochgeehrter Herr! Glauben Sie mir, daß ich ununterbrochen thätig gewesen bin, der betreffenden Notiz Aufnahme in einer anfehlenden Zeitung zu verschaffen. Sie haben keine Abmahn, wie schwer dies ist; die eigentlich geworbsmäßigen Blätter nehmen sie nicht aus den Gründen, die Sie selbst ganz richtig andeuten, und die größeren in eine andere Kategorie gehörenden Blätter nicht, weil sie Skandal von sich fern halten wollen. Wenn ich die Ehre habe, Sie zu sehen, gestatte ich mir Ihnen die Irrthümer zu erzählen, die ich gemacht habe und stets vergleichlich gemacht habe. Das Einzige, was ich habe erreichen können, ist, daß die bietige Ostezeitung in der heutigen Abendnummer eine Notiz bringt, aber auch diese nur ganz kurz und objektiv dahin, daß verschiedene englische Lebensversicherungs-Gesellschaften in neuester Zeit bezüglich ihrer Solidität eine scharfe Kritik erfahren haben, und daß die Staatsregierung daraus Verlassung genommen habe, namentlich die Verhältnisse der Great Britain und der Albert untersuchen zu lassen. Ich bedaure selbst sehr lebhaft, daß nicht mehr zu erreichen war, werde aber nun doch versuchen, ob ich vielleicht die Notiz der Ostezeitung in die Nationalzeitung bringen kann. Selbst hierfür aber habe ich wenig Hoffnung. Mit z. Ihr ergebenster Dr. Ameling.

Ein neuer Beweis, wenn es dessen noch bedürfte, für die Nothwendigkeit, ein charakterpolles Organ des Versicherungswesens bei uns in Deutschland hervorzuheben. Ich habe inzwischen schon, anschließend an unsere neuliche Besprechung dieses Gegenstandes, bei Herrn Finanzrath Hopf angeklopft und ihm gebeten, sich für denselben bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Versicherungsstatistiker zu interessieren. Wollen Sie die Güte haben, vielleicht diese Amelingische Mittheilung brevi manu notitias causa an Herrn Hopf gelangen zu lassen. Ich werde Sie heute gegen Abend, doch vielleicht erst spät, aufsuchen, ich fühle mich durch den frechen Bruch der Verfassung, durch die jetzt weltfundige Schmach, daß unser Vaterland gestrichen ist aus der Liste der Verfassungsstaaten, selbst vorher sehr angegriffen. Aber unsere Zeitungen: hat denn keine den Mut, das Wort „Eidbruch“ auszusprechen!! Seine auch nur mit drei Zeilen klarlich nachzuweisen, daß dieses gesetzgebende Machwerk der Verfassung Hobn spricht und in seinen Konsequenzen sie vernichtet. Ihr bekanntester L. S. 4. Juni.

Das General-Postamt erläßt folgende Bekanntmachung: In dem Postverkehr mit den zu Bundeszwecken mobil gemachten, nach dem Auslande abgerückten preußischen Truppenteilein werden gewöhnliche Briefe und Geldbriefe mit dellarirten Einlagen bis 50 Thlr. einschließlich, hin- wie herwärts und ohne Unterschied des Dienstgrades des Empfängers oder Abfinders frei von Porto befördert. Die Adresse muß den Vermerk: „Feldpostbrief“ tragen und bei Sendungen an Militärs und Militärbeamte genau angeben, zu welchem Regemente, welchem Bataillon, welcher Kompanie (oder sonstigem Truppenteile) der Empfänger gehört, welchen Grad und Charakter oder welches Amt bei der Militärverwaltung derselbe hat. Unter welchen Bedingungen sonstige Arten von Postsendungen im Verkehr mit jenen Truppenteilein bis auf Weiteres stattfinden können, darüber ist jede preußische Postanstalt mit einer gedruckten Zusammensetzung versehen, welche auf Verlangen dem Publikum vorgelegt wird.

Das Dezember-Heft der „Preußischen Jahrbücher“ von R. Hayn, Berlin, Verlag von Georg Reimer, ist vorgestern Vormittag konstanzirt worden.

Der „Staatsanzeiger“ vom 25. d. schreibt: Die stürmische Witterung in den letzterloffenen Nächten hat sehr zahlreiche Beschädigungen der Telegraphen-Leitungen auf vielen Hauptlinien hervorgebracht, so daß namentlich gestern, obwohl überall die Herstellung der beschädigten Leitungen auf das secratissimum Angerufenen war, bedeutende Aufzäpfungen, zum Theil Stockungen in den Depotschäftsleitung eingetreten waren. Da die Herstellungsarbeiten mit der vollsten Energie betrieben werden, so steht zu erwarten, daß jene erheblichen Leitungsschäden wiederum bald überwunden sein werden.

Aus dem Regierungsbezirk Liegnitz schreibt man der „Posse“: Der Regierungspräsident v. Zeditz-Trützschler hat an sämtliche Landräthe, Magistrate &c. seines Bezirks gleichfalls ein Reskript erlassen, das auf ministerielle Anweisung allen Beamten untersagt, der Kommission des Abgeordnetenhauses wegen der bei den letzten Wahlen angeblich vorgenommenen geschwadrigsten Beeinflussung oder Verkümmierung des Wahlrechts irgend welche Auskunft zu ertheilen. Das Reskript schließt:

„Indem ich Ew. von diesem Verbot in Kenntnis seze, veranlaße ich Sie gleichzeitig, dasselbe zur Kenntnis sämtlicher in Ihrem Verwaltungsbezirk vorhandenen, zum diesseitigen Rechte gehörigen mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten gelangen zu lassen, und wie dies geschehen, mir in 8 Tagen anzugeben, über etwaige Überrettingen dieses Verbots aber, sobald sie zu Ihrer Kenntnis gelangen, mir sofort zu berichten.“ Liegnitz, 18. Dez. 1863. Der Regierungspräsident Gr. Zeditz-Trützschler.“

Aus Dortmund meldet die „Rh. Ztg.“: Das Provinzial-Schulkollegium hat dem Gymnasiallehrer Dr. Natorp die Genehmigung verjagt, die auf ihn gefallene Wahl zum Stadtverordneten anzunehmen. Bei diesem Anlaß hat das Provinzial-Schulkollegium den Grundsatz ausgeprochen, daß keinem Lehrer an einer stark besuchten Schule Zeit bleibe, ein Gemeindeamt zu verwalten, und daß demnach überhaupt kein Lehrer an dem Dortmunder Gymnasium ein solches übernehmen dürfe.

Aus Liegnitz bringt das dortige „Stadtblatt“ folgende Nachricht: Auf den Refurs der städtischen Behörden hat der Oberpräsident v. Schleinitz die Wahl des Stadtverordneten Seydel zum unbefoldeten Stadtrath bestätigt.

Der „Grand. Gesellige“ enthält folgende Erklärung des Stadtverordnetenvorstehers in Lautenburg:

„Lautenburg, 17. Dezember. Heute wurde das Magistrats- und Stadtverordneten-Kollegium durch den Magistrats-Diregenten, Beigeordneten Vogel, zu einer Sitzung ohne Angabe des Zweckes eingeladen. Es hatte sich selbstverständlich hierzu auch der Schriftführer der Stadtverordneten, Gerichtskreis-Suder, eingefunden. Bevor die Sitzung durch den Beigeordneten Vogel eröffnet war, erichnet der Landrat des Strasburger Kreises v. Young und wies, ohne den Zweck seines Erscheins anzugeben, den als Schriftführer anwesenden Gerichtskreis-Suder mit den Worten hinaus. Hiergegen protestierte ich, indem ich angab, der Schriftführer wäre ausdrücklich zur Versammlung eingeladen, und es frage sich überhaupt, ob der Landrat v. Young auch die Befugnis habe, sich in einer Sitzung der vereinigten Kollegien einer Stadt, die er weder veranlaßt hätte, noch gesetzlich veranlassen könne, als deren Vorstehender zu gebühren. Dieser mein Protest hatte die Folge, daß mich Landrat v. Young auch aus dem Sitzungszimmer wies, welches mit mir gleichzeitig vier der anwesenden Stadtverordneten verließen, da sie es unter ihrer Würde hielten, länger dort zu verweilen. Dem nicht beschlußfähigen Reste der Versammlung eröffnete nun Landrat v. Young, er wäre im Auftrage, den er aber Niemandem zeigte, der königlichen Regierung getommen, um den Beigeordneten Vogel seines Amtes zu entheben und in dessen Stelle den Regierungssuperintendenten Helmich einzuführen. Ob es überhaupt ein Recht giebt, nach welchem einer Gemeinde gegen ihren Willen in dieser übergründigen Weise ein Magistrats-Diregent abtrotzt werden kann, ist mir sehr zweifelhaft; mir sind wenigstens hierfür wredende Geiste nicht bekannt. Noch weniger weiß ich, ob es im Gesetze begründet ist, daß eine solche Einführung bei geschlossenen Thüren mit davorstehendem Gendarmen geschehe. Dem nicht beschlußfähigen Theile der Stadtverordneten, meistens Kaufleuten, hat dann Herr Landrat v. Young noch zu erwägen gegeben, daß es in seiner Macht stehe, die Grenze gänzlich zu schließen (was dem Verkehr unseres Ortes natürlich nicht sehr förderlich sein würde) und

nur bei vernünftigem Handeln Hand in Hand mit ihm würde er für das materielle Emporkommen der Stadt sorgen können. Diesen Beitrag zur Geschichte des Gemeindelebens einer preußischen Stadt im Jahre 1863 glaube ich der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen. W. Weichert, Stadtverordnetenvorsteher.“

Destreich. Er al an, 22. Dezbr. Gestern wurde vor dem hiesigen Appellationsgerichte die Anklage wider den ehemaligen preußischen Abgeordneten v. Bentlowksi wegen Beleidigung am Aufstande und Störung der öffentlichen Ruhe in Galizien verhandelt. Das letztere Vergehen wurde dem Angeklagten von der Oberstaatsanwaltschaft besonders aus zwei, im Dzialynski'schen Palais in Beichlag genommenen, von seiner Hand geschriebenen Briefen nachgewiesen, aus denen hervorgeht, daß er von Krakau aus zur Unterstützung des Aufstandes thätig gewesen war. Der Angeklagte längnete seine Handschrift ab und erklärte die Briefe, wie er dies auch vor dem Gerichtshofe erster Instanz gethan hatte, für untergeschoben. Der Gerichtshof gewann aber durch eine fiktive Prüfung der betreffenden Briefe die Überzeugung von ihrer Echtheit und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängniß. Der Oberstaatsanwalt hatte 4 Monate Gefängniß beantragt. Der Urtheilspruch des Gerichtshofes erster Instanz hatte auf 4 Wochen Gefängniß gelautet. Der Berurtheilte kündigte den Refurs an die höchste Instanz an.

Am 14. d. Mts. wurden die vereinigten Insurgentenabteilungen unter Bosaf, Chmielinski und Eminowicz in der Gegend von Rakow im Sandomir'schen von einem überlegenen russischen Detachement angegriffen und nach mehrstündigem Kampfe in die Flucht geschlagen. Die Verluste sollen auf beiden Seiten ziemlich bedeutend gewesen sein. — Die Revisionen und Verhaftungen politisch Kompromittirter dauern hier, wie im ganzen nördlichen Theile von Galizien noch immer fort. Die Zahl der Verhafteten beträgt täglich mindestens 30—40. Die Meisten, die von diesem Schicksale betroffen werden, sind soeben angekommene Fremde, die aus den Gasthäusern geholt und selbst dann, wenn sie mit einem in aller Form ausgestatteten Passe versehen sind, zur Haft gebracht werden. — Die Insurgentenführer Bosaf und Rembaita klagen in ihren Rapporten an die Kriegsabteilung der Nationalregierung über Mangel an ärztlicher Pflege und warmer Winterkleidung für ihre Abteilungen, die durch diesen Mangel mehr leiden, als durch die fortwährenden Kämpfe mit den Russen. Da das Königreich aber sehr ausgesogen ist, so hat man sich an Galizien und Polen dringend um Geld-Unterstützung gewendet.

Die „Krakauer Zeitung“ meldet nach sicheren Nachrichten aus Nadbrzezie, daß die Insurgentenabteilung des Chmielinski am 16. d. M. in der Gegend von Opatow durch 12 Rotten Russen attackirt und aufgerissen worden und die Verluste sollen beiderseits bedeutend, Chmielinski selbst verwundet und gefangen genommen sein.

Württemberg. Stuttgart, 24. Dez. Von hier schreibt die „Karlsr. Ztg.“: Dem Vernehmen nach ist zwischen den Königreichen Bayern, Württemberg und Sachsen eine vollständige Uebereinstimmung in Betreff der ferneren Behandlung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit erzielt worden, natürlich in einem der Sache der Herzogthümer durchaus günstigen Sinne. Frhr. v. Beust war deshalb in persönliche Konferenz mit dem kgl. bayrischen Minister v. Schrenk getreten und hatte den hiesigen Minister des Auswärtigen, Frhrn. v. Hügel, von München aus zu einer Besprechung nach Augsburg eingeladen, welche Einladung derfelbe gerne leistete. Die Besprechung fand vorgestern Abend um 8 Uhr statt und dauerte bis 1 Uhr Nachts. Wie wir hören, wurde ein klares und entschiedenes Vorgehen auf dem Boden des Bundesbeschlusses beschlossen. Dieses Uebereinkommen wurde sofort hier, wo unmittelbar nach der gestern Mittag 12 Uhr erfolgten Rückkehr des Frhrn. v. Hügel Ministerraths-Sitzung stattfand, vom Gesamt-Ministerium gut geheißen.“

Frankfurt a. M. 23. Dez. Wenige Kammer waren bei der Versammlung vom 21. Dezember auch nur relativ so zahlreich vertreten wie die bayrische Abgeordnetenkammer, die von ihren 149 Mitgliedern 112, zum Theil aus den entferntesten Gegenden, nach Frankfurt gesendet hatte. Daraus und aus der ebenfalls sehr starlen Beileidigung von württembergischen Abgeordneten erhellt auch, daß die großdeutsche Partei ein ansehnliches Contingent zu der Versammlung gestellt hat. Um so erfreulicher war die Einhelligkeit, die sich bei der ersten und dritten, und die gewaltige Stimmenmehrheit, die sich bei der zweiten Beschußabstimmung — bei der Frage über die Bildung eines ständigen Ausschusses — ergeben hat. Mindestens drei Vierttheile der bayrischen Mitglieder stimmten diesem Beschuß ebenfalls bei, obwohl sich demselben die bayrischen Führer des Reformvereins — Baron Verchenfeld, Graf Hegenberg, Dr. Pözl, Dr. Edel — aufs Entschiedenste widerstet und einen schriftlichen Protest erhoben hatten. Diese Thatache genügt, um den Beweis zu liefern, daß die unbegreifliche Opposition einzelner Persönlichkeiten mit der großdeutschen Sache nichts zu thun hat, sondern auf andere Ursachen zurückgeführt werden muß. Bei der Wahl des bleibenden Ausschusses konnte begreiflich unter solchen Umständen an die Zuziehung der genannten Männer und derjenigen, die eine ähnliche Haltung beobachteten, nicht mehr gedacht werden. Demgegenüber zählt der Ausschuß neun Mitglieder, welche der großdeutschen Richtung angehören. Die von ihm für die Geschäftsführung gewählte engere Kommission hat sich gestern konstituiert und Dr. S. Müller zu ihrem Vorsitzenden, C. Brater zur Geschäftsführung ernannt. Zuschriften und Geldsammlungen sind an den Ersten Notar Dr. Sigmund Müller in Frankfurt a. M. zu adressiren. Die Kommission hat an alle ihr bekannten Hülfsausschüsse das Ersuchen gerichtet, mit ihr in Verkehr zu treten, ihr nähere Mittheilungen über den Stand der Sache in den einzelnen Orten und Bezirken zusammen zu lassen und dadurch für weitere Verabredungen die erforderlichen Grundlagen zu liefern. Da die Kommission noch nicht von allen bestehenden Ausschüssen und Vereinen Kenntnis haben kann, so hofft sie, daß diejenigen, an welche das erwähnte Schreiben nicht gelangt, ihr ohne besondere Aufforderung ihre Adresse und weitere Mittheilungen zugehen zu lassen.

Frankfurt a. M., 24. Dezember. Der in der gestrigen Sitzung des Bundestages auf Antrag Bayerns mit 12 gegen 4 Stimmen gefaßte Beschuß geht dahin, daß der betreffende Ausschuß beauftragt werde, ohne weiteren Verzug die Frage der Erbsfolge in den deutschen Herzogthümern eingehend zu prüfen und mit der Dringlichkeit dieser Angelegenheit entsprechenden möglichsten Beschleunigung das Ergebniß dieser Prüfung der Bundesversammlung vorzutragen. Die vier Stimmen, die gegen den Antrag Bayerns abgegeben wurden, waren Destreich, Preußen, Luxemburg und Mecklenburg.

Schleswig-Holstein.

Die telegraphisch erwähnte Bekanntmachung der Bundeskommissare lautet wörtlich: „Auf Grund des Beschlusses der hohen deutschen Bundesversammlung vom 7. Dezember 1863 sind wir, die unterzeichne-

ten Bundeskommissare, angewiesen, die Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg im Auftrage des deutschen Bundes, unbeschadet der nur zeitweise suspendirten landesherrlichen Rechte, zu übernehmen und so lange fortzuführen, bis durch einen anderweitigen Bundesbeschuß die Befriedigung des angeordneten Verfahrens bestimmt sein wird. Indem wir dies beim Überschreiten der Grenze mit den Bundesstruppen zur allgemeinen Kenntnis bringen und hiermit die gesamte Verwaltung der Herzogthümer in Ansehung aller Rechtsangelegenheiten, erwartet wir von allen Behörden, jedem Angestellten, sowie sämtlichen Landesangehörigen unverbrüchlichen Gehorsam für unsere Anordnungen, und rechnen auf willige Unterstüzung unserer, auf Wahrung der Landesrechte gerichteten Aufgabe. Insbesondere aber wenden wir uns noch an Euch, die Bewohner der Herzogthümer! Handelt es sich jetzt auch nur darum, Eure Verfassung nach Maafgabe der gefaßten Bundesbeschlüsse zu schützen und den Widerstand gegen die letzteren zu brechen, sowie deutsches Wesen, deutsche Sitte und Ehre in Eurer Mitte gegen Beeinträchtigungen zu schützen, so ist doch auch die Frage, welche Euch jetzt vorzugsweise beschäftigt und bewegt, in dem Beschuß der Bundesversammlung nicht übergangen, sondern gewahrt! Verbannt also das Misstrauen! Kommt uns vielmehr mit demselben Vertrauen entgegen, welches wir als Deutsche Euch, den deutschen Landsleuten beim Eintritt in Euer Land entgegenbringen! Unterstützt uns in der Anwendung geeigneter Mittel, auch in bewegten Zeiten und unter provisorischen Zuständen Ruhe, Ordnung, Recht und Gesetzlichkeit fest zu wahren, unzeitige und unberufene Einmischungen aber von Euren Grenzen fern zu halten! Je williger Ihr unsrer Anordnungen Folge leistet, je mehr Ihr uns, auf Euer Wohl gerichteten Bestrebungen unterstützend entgegenkommen werdet, desto mehr werden wir in der Lage sein, die Behörden in ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit zu erhalten und desto weniger werden wir Ursache haben, in die Selbstverwaltung Eurer inneren Landes- und Gemeindeangelegenheiten einzugreifen. Dabei folgen wir die Versicherung hinzu, daß wir für möglichst geringe Belästigung der Einwohner Sorge tragen werden und daß entsprechende Vergütung aller Leistungen für die Truppen stattfinden wird. So laßt uns denn mit Gott in Eintracht und Frieden an das gemeinsame Werk gehen und vertraut, fern von Parteigeist, mit uns dem Hohen Deutschen Bunde und dessen weitern Entscheidungen! Büchen, den 23. Dezember 1863. Die Bundeskommissare. v. Könneritz, königl. sächsischer Kreisdirektor und Wirklicher Geheimer Rath. Nieper, königl. hannoverscher Geheimer Regierungsrath.“

Über das Kommando der Exekutionstruppen gibt die „Neue Pr. Ztg.“ folgende Erklärungen: „In Bezug auf das Exekutionsverfahren wider Dänemark geht im Publizum gegenwärtig, namentlich über die Person des Höchstkommandirenden, manches Irrthümliche vor. Der Bundestagsbeschuß vom 1. Oktober sagt darüber, daß mit der Vollziehung des Exekutionsverfahrens Destreich, Preußen, R. Sachsen und Hannover derart beauftragt werden sollen, daß die letztgenannten Regierungen die Civilkommissare zur interimistischen Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu ernennen und ihnen die nötigen Truppen (etwa 6000 Mann) beizugeben haben, während Destreich und Preußen für den Fall eines wirklichen Widerstandes ausreichende Truppen in Reserve bereit halten würden. „Ausreichende Truppen in Reserve“ haben Preußen und Destreich bis jetzt an der Grenze Holsteins je 5000 Mann aufgestellt. Der Höchstkommandirende über alle in diesem Augenblick an der Grenze Holsteins aufgestellten Truppen Destreichs, Preußens, Sachsen und Hannovers ist der sächsische General-Lieutenant v. Hale. Destreich und Preußen haben jedoch für den Fall eines Widerstandes eine größere Reserve in Bereitschaft gestellt, ungefähr je 30,000 Mann; kommt diese größere Reserve zum Einmarsche in Holstein, so ist für diesen Fall der Generalfeldmarschall Frhr. v. Wrangel zum Höchstkommandirenden über alle daselbst aufgestellten Truppen ernannt.“

Altona, 24. Dez. In der von einer Anzahl der angesehensten Bürger berufenen, von Tausenden besuchten Versammlung am Bahnhofe ist eben unter großem Enthusiasmus der Herzog Friedrich als legitimer Landesherr proklamiert worden. Der Dr. Collisen, der die Ansprache hielt, erklärte, der Alt geschehe mit Bewilligung der Altoner Stadtbehörden. Die sächsische Regimentsmusik spielte Schleswig-Holstein. Die Stadtdeputirten haben sich der Erklärung der Ständeabgeordneten angeschlossen und der Magistrat seine Vereitwilligkeit zu demselben Schritte zu erkennen gegeben. Der Oberpräsident von Scheele und der Polizeimeister Willemeos sind durch die Bundeskommissarien ihrer Ämter entbunden und ersterer durch den Bürgermeister Thaden, letzterer durch den Senator Bogler provisorisch ersetzt worden.

Altona, 24. Dez., Abends. Die ganze Stadt ist festlich illuminiert. Große Volkshaufen durchziehen, „Schleswig-Holstein“ singend, die Stadt. Plakate fordern die Bewohner auf, Unruhen und Exesse zu verhüten. Mit Abzeichen versehene Bürger und Turner sind mit der Aufrechthaltung der Ruhe betraut. Um jeden Exes zu verhüten, sind die Wohnungen der bekannten dänisch gesinnten Bewohner von Bürgern, Turnern und Gymnasiasten besetzt. Bis jetzt ist die Ordnung in keiner Weise gestört worden.

Kiel, 24. Dezember. Magistrat und Deputirtenkollegium haben beschlossen, mit der Proklamation des Herzogs vorzugehen. In vergangener Nacht wurde die Zollgrenze an der Eider eingeführt. Rendsburg wird weiter verpallisirt.

Hamburg, 24. Dezbr., Nachts. Die telegraphische Verbindung nach Holstein und dem Norden ist seit heute Mittag unterbrochen. Wie es heißt, wären die Drähte im Holsteinischen abgeschnitten.

Wie allgemein erzählt wird, wäre der österreichische General von seiner Regierung abberufen worden.

Aus Hamburg wird der „N. Z.“ geschrieben: So eben erfahren ich, daß der sächsische Civilkommissarius, Fr. v. Könneritz, in der schärfsten Weise die Uebergriffe des österreichischen Generalmajors sich verbeten hat, der, wie bekannt, den hiesigen Turnern ihr Lokal für Wehrübungen schließen ließ, unter der Androhung, sonst schießen zu lassen. Auf die telegraphische Beschwerde des Senates soll von Wien übrigens die nötige Rüge für den militärischen Heißsporn bereits eingegangen sein.

In Bezug auf die holsteinische Ständeversammlung wird der „N. Z.“ nachträglich berichtet, daß Baron Plessen dieselbe für einen angeblich von den beiden deutschen Großmächten ausgehenden Plan einer Theilung Schleswigs und einer Personalunion zwischen dem Herzogthum Holstein und dem mit ihm verbündeten südlichen Theile Schleswigs und dem Königreiche Dänemark, in welches dann der andere Theil von Schleswig inkorporiert werden sollte, unter Christian IX. zu gewinnen suchte.

Über die telegraphisch gemeldeten Vorgänge in Wandsee meldet ein Korrespondent der „Nat. Z.“:

Wandsbek ist der erste Ort, der unsern Herzog Friedrich, trotz des durchbarsen Schneefußbers, auf öffentlichem Markt proklamiert hat. Um 12 Uhr versammelten sich die Bürger in dem Neißner'schen Saal. Der

Vorsitzende des aus 16 Männern bestehenden Komités, unter denen sämtliche Fleckenwörter, hielt einen kurzen gesichtlichen Überblick und forderte die Versammlung auf, durch Handaufheben und Hurraufen dem Herzog zu huldigen. Nach dieser Huldigung im geschlossenen Raum schlug das Komité vor, auf offenem Markt vor allem Volk die Huldigung zu wiederholen. Alle Häuser des (7000 Einwohner zählenden) Fleckens waren theils schon früher, jetzt aber ohne Ausnahme alle mit der deutlichen und schleswig-holsteinischen Fahne geschmückt; der Zug, aus einigen 1000 Männern bestehend, zog schweigend in geschlossenen Reihen unter dem furchtbaren Schneegestöber auf den Marktplatz, wo Friedrich VIII. ausgerufen wurde. Die ganze Menge stimmte nach einem begeisterten Hoch in das Lied: „Nun danket alle Gott“ ein. Nach Beendigung dieses Liedes brachte ein Mühlensitzer aus dem Orte in begeisterten Worten ein Hoch auf Deutschland aus, und mit „Schleswig-Holstein meermischungen“ zog die Menge wieder ab. Schon beim Hinmarsch auf den Marktplatz wurde zunächst das Schild der Polizei mit Christian IX. abgenommen und an beiden Seiten der Thür die Proklamation des Herzogs angeklebt, ebenso erging es dem Posthausschild, ohne daß der geringste Standal dabei vorgefallen wäre. Am Ende des Ortes, ungefähr zehn Minuten vom Marktplatz liegt das Bollamt; konsequenterweise mußte auch daselbst das Schild fallen. Ich zog mit 6 Freunden ohne sonstige Begleitung dorthin, sagte dem Bollbeamten, daß ich eben Friedrich VIII. auf dem Marktplatz proklamiert worden, und daß es vernünftig sein möchte, freiwillig das Schild des Königs von Dänemark herunterzunehmen. Der gute Herr gab zur Antwort, daß er nur einer gesetzmäßigen Behörde weichen werde. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß es unserer Wille sei, die verhafteten Beichen sofort befreit zu sehen: wenn uns dies nicht mit Güte gelänge, würden wir Gewalt gebrauchen; er habe es dann zu verantworten, wenn mehr geschähe, als wir beabsichtigten. Der Herr Boll-Inspektor wollte unseren Vorstellungen kein Gehör schenken, und wir waren genötigt, die Mästen aufzubieten, die denn auch nicht lange ängerten. Nach einer Bierstunde erschien die Bewohner Wandsbecks, die Schilder wurden mit dem Gefang „Schleswig-Holstein“ abgenommen. An Stelle des Namenszuges wurde eine Proklamation des Herzogs angeklebt, und die ganze Menge zog, ohne die geringste Verächtigung an den ersten zu vorzunehmen, mit „Schleswig-Holstein“ wieder ab. Die Hannoveraner stehen unmittelbar vor dem Ort, haben sich also sehr tatvoll benommen.

Dresden, 24. Dezember. Das „Dresdener Journal“ enthält ein Telegramm, daß das Gros der sächsischen Exekutionstruppen heute von Schwarzenbeck (an der Eisenbahn zwischen Büchen und Bergedorf) auf der Landstraße nach Oldesloe vorgerückt sei und das Stabsquartier in dem Dorfe Trittau genommen habe. Gesundheitszustand vor trefflich.

— In Folge des Beschlusses des Frankfurter Abgeordnetentages hielt in Frankfurt a. M. am 22. Dezember der Ausschuß des Nationalvereins eine Sitzung, in welcher derselbe beschloß, das von ihm eingesetzte Schleswig-Holstein-Komitee, welches bisher in Göttingen seinen Sitz hatte, nunmehr aufzulösen und die eingegangenen Gelder an die geschäftsführende Kommission des Centralausschusses der deutschen Landesvertretungen abzuliefern. Zugleich beschloß derselbe, seine Agenten zu instruieren, sich nunmehr dem Centralausschusse zur Verfügung zu stellen und alle bei ihnen eingehenden Gelder an die Kommission des Centralausschusses abzuliefern.

— Dem neugebildeten Centralausschus für Schleswig-Holstein ist bereits eine erste Gabe von erfreulicher Höhe zugegangen, indem Hr. F. C. Prieger, Gutsbesitzer zu Schloß Gereuth in Oberfranken, monatlich tausend Gulden gezeichnet und davon die ersten dreitausend sofort baar ausgezahlt hat.

— Wie man der „N. P. Z.“ aus den russischen Ostseeprovinzen schreibt, sind von dort bereits eine Anzahl junger Leute heimlich nach Deutschland gegangen, um als Freiwillige für Schleswig-Holstein zu kämpfen.

Copenhagen, 22. Dez. Der Schluß des Reichsrathes ist selbst den meisten Mitgliedern desselben unerwartet rasch gekommen. Allgemein hatte man angenommen, daß die Versammlung noch in der Woche nach Weihnachten einige Sitzungen halten werde. In unterrichteten Kreisen versicherte man, daß Herr Hall mit Absicht und zwar wegen der diplomatischen „Pression“ den raschen und unerwarteten Schluß der Session herbeigeführt habe. Wie nämlich „Fädelandet“ bereits andeutet, sind die englischen und russischen Diplomaten hier in diesen Tagen außerordentlich bemüht gewesen, um die dänische Regierung zur Zurücknahme der Verfassung vom 18. November und Erfüllung ihrer gegen die deutschen Mächte 1851 und 1852 übernommenen Verpflichtungen zu verhindern. Lord Wodehouse, auf den das ministerielle „Dagbladet“ so große Hoffnungen gesetzt hatte, soll das Verfahren der dänischen Regierung gegen die Herzogthümer auf Schärfste kritisiert und die Behauptung des Hrn. Hall, daß Dänemark seinen Verpflichtungen nachgekommen sei, mit dünnen Worten als eine gradezu „futile“ bezeichnet haben. Die Wirkungen der diplomatischen Pression auf den König befürchtend, hat nun Hr. Hall durch den Schluß der Reichsrathssession den Diplomaten einen Streich gespielt, der aller Wahrscheinlichkeit nach Dänemark schlimm genug bekommen wird. Nunmehr ist nämlich jede Möglichkeit, Österreich und Preußen die von ihnen verlangten Konzessionen zu machen, positiv abgeschritten. Selbst eine Aufhebung oder bloße Veränderung der Verfassung vom 18. November ist auf geordnete Weise nicht mehr herbeizuführen. Denkt mit dem Schluß der Session hat zugleich der bisherige „Reichsrath“ zu existiren aufgehört und ein neuer Reichsrath kann nicht anders als auf Grund der Verfassung vom 18. November und nach Maßgabe des nunmehr auch in Schleswig promulgierten Wahlgesetzes vom 4. Dezember einberufen werden. Wenn Herr v. Bismarck noch vor kaum vierzehn Tagen eine Beruhigung darin fand, daß die Inkorporation Schleswigs „zwar beschlossen, aber nicht vollzogen“ sei, so wird er also jetzt dieses Trostes sich sehr bald beraubt sehen, denn in der That ist das Inkrafttreten der Verfassung nunmehr nicht länger zu verhindern. Und es ist diese Inkorporation umso mehr eine durchaus vollendete, als, wie bekannt, bereits seit Juli eine schleswigsche Ständerversammlung überhaupt nicht mehr existiert und die dänische Regierung in dieser ganzen Zeit auch nicht den geringsten Schritt zu Anordnung und Herbeiführung von Neuwahlen gethan hat, sondern selbst in den besondern Angelegenheiten des Herzogthums Schleswig seit Monaten ein ganzer Haufe von Gesetzen erlassen worden ist, von welchen kein einziges die Zustimmung der Landesvertretung erhalten hat.

Bon Herrn Hall erzählt man in diplomatischen Kreisen bekanntlich, daß er den Vertretern Englands und Russlands statt der verlangten Aufhebung der Verfassung vom 18. November eine Veränderung des Schlusssatzes derselben angeboten habe, wonach der König den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Verfassung noch erst zu bestimmen haben sollte, daß aber dieses Erbitten als durchaus unzureichend angesehen worden sei. Zu größeren Konzessionen wollte Herr Hall sich jedoch nicht verstellen und deshalb einzige man sich im Kabinett dahin, die weiteren Verhandlungen durch den Schluß der Session abzuschneiden. Gut unterrichtete Personen wollen mit Bestimmtheit wissen, daß sowohl der russische Staatsrat Ewers als auch Lord Wodehouse Herrn Hall bemerkten haben soll, daß, falls die Forderungen Österreichs und Preußens auf Erfüllung der Versprechungen von 1851 und 52 nicht berücksichtigt werden sollten, Russland resp. England sich jeder Einmischung in einem Kriege zwischen Deutschland und Dänemark enthalten werde. — Im gestrigen

Staatsrath sollte die Frage wegen der Besetzung Rendsburgs zur Verhandlung kommen. In unterrichteten Kreisen glaubte man, die Entscheidung werde für Räumung ausfallen. (Vgl. die neuesten Telegr.)

Großbritannien und Irland.

London, 24. Dezember, Nachts. Der Dampfer „Scotia“ ist mit 441,671 Dollars an Kontanten und Nachrichten aus Newyork bis zum 16. d. in Cork eingetroffen. Dem Kongress ist ein Gesetz zur Verhinderung der Spekulation in Gold vorgelegt worden. Die militärische Situation ist unverändert.

Nach einem Berichte des Finanzministers der Konföderirten ist deren finanzielle Lage nicht günstig.

In Newyork war der Kurs auf London 163, Goldagio 49, Baumwolle 82.

Frankreich.

Paris, 25. Dez. Der Gesetzentwurf über die Anleihe von 300 Millionen ist gestern vom gesetzgebenden Körper mit 227 gegen 14 Stimmen angenommen worden. Die ablehnende Minorität bestand aus den Deputirten Darimon, Dorian, J. Favre, Glaïs Bizoin, Hénon, Leop. Javal, Vic. Lanjuinais, Magnin, Marie, Herzog v. Marquier, E. Olivier, Pelletan, E. Picard und J. Simon. In der Abstimmung nahmen keinen Theil ebenfalls 14 Deputirte, darunter Verrier, Lefebure und Thiers. Letzterer und der Vicepräsidenten vom Staatsrath, Hr. Buitry, waren die Hauptredner der Debatte gewesen. Hr. Thiers sagte, er behalte sich für eine andere Gelegenheit vor, von der Politik Frankreichs und von den Gründen zu sprechen, die ihn wieder auf die politische Bühne geführt; für diesmal wolle er nur vom finanziellen Geschäfte reden. Daß man die 300 Millionen, die Frankreich schuldig sei, zahlen müsse, stehe außer aller Frage, aber es frage sich, ob man jene Mexikoausgaben nicht besser der konsolidirten statt der schwedenden Schulden aufgebürdet haben würde, und zweitens, ob man jetzt, wo die Uebertragung stattfinden solle, nicht gut daran thue, Vorkehrungen zu treffen, daß solch ein Fall nicht zum zweiten Male eintrete, und daß die schwedende Schulden nicht wiederum eine so enorme Höhe erreiche. Die Anleihe habe einen friedlichen Charakter und müsse ihn haben, denn wäre dies nicht der Fall, so „köönnten die Geschäfte und selbst die Diplomatie darunter leiden“. (Bewegung.) Unter Zustimmung der ganzen Versammlung erklärte Thiers, nachdem er in klarer lebendiger Darstellung seine alte Meisterschaft in Behandlung praktischer Fragen bewährt, sodann, er wolle entschieden keinen Krieg, es sei denn, daß eine große Sache oder Frankreichs Ehre auf dem Spiele stände. Dieser Fall liege aber jetzt nicht vor; es würde mithin ein „tödlicher Fehler“ (faute mortelle) sein, sich in einen europäischen Krieg zu stürzen. Selbst wenn es im Frühjahr losgehe, würde das von ihm beantragte Amendement der Regierung nicht die Hände binden. Denn dann würde die Versammlung nicht um 100 Millionen mehr oder minder zu feilschen, sondern Milliarden und ganze Generationen herzugeben haben; denn „der nächste Krieg, wenn er ausbricht, wird ein Krieg werden, dessen Ende und Folgen vielleicht wenige von uns erleben“. Was sein Amendement verhindern solle, das seien jene kleinen Einzelkriege, wie er z. B. jetzt in Mexiko machen werde. Hr. Gouin als Berichtsteller und Hr. Buitry als Regierungskommissär vertheidigten den Gesetzentwurf und sagten, in der Praxis werde die Ausgabe der Schatzscheine für 1864, wie sie von der Regierung beabsichtigt sei, sich wenig von der durch das Amendement unterscheiden. In derselben Sitzung wurde gestern das Mandat Pelletans für gültiger erklärt.

— Die Nachricht von dem Einzuge der sächsischen Truppen in Altona und der Proklamation des Herzogs von Schleswig-Holstein als Landesherrn hat unter den hiesigen Deutschen großen Enthusiasmus erregt. Schon gestern Abend war diese Nachricht durch Privatdepeschen hier und da bekannt geworden, und vielfache Hochs wurden in den deutschen Kreisen, die sich zur Weihnachtsfeier versammelt hatten, den Schleswig-Holsteinern dargebracht. Die Pariser Deutschen haben sich übrigens theilweise auch an der Unterstützung der schleswig-holsteinischen Sache tatsächlich betheiligt und nicht unbedeutende Summen sind bereits von hier nach Deutschland abgegangen. In solchen, die in die schleswig-holsteinische Armee eintreten wollen, fehlt es ebenfalls nicht. Eine gewisse Anzahl junger Leute, die zum Theil hier gute Stellungen hatten, sind bereits nach Deutschland abgereist, andere gehen dieser Tage ab, und eine nicht unbedeutende Anzahl hat sich verpflichtet, beim ersten Rufe nach Deutschland abzugehen. Der größte Theil derselben hat bereits gedient. Öffentliche Manifestationen zu Gunsten Schleswig-Holsteins finden natürlich hier nicht statt.

— [Tagesnotizen.] Der „Constitutionnel“ hat heute ein Dementi der Zeitung von Benedig, welche das Aufgeben der Kandidatur des Erzherzogs Maximilian gemeldet, veröffentlicht. Es ging dieses Dementi dem Blatte direkt aus Schloß Miramar zu. — Der „Moniteur“ enthält ein Dekret, durch welches Herr Troplong zum Präsidenten, die Marchäle Baraguah d' Hilliers, Regnaud de Saint Jean d' Angely und der Herzog von Malakow, sowie Herr v. Roher zu Vice-Präsidenten des Senats für das Jahr 1864 neu ernannt werden. — Wie die Dampffregatten „Victoire“ und „Souveraine“, hat laut „France“, nun auch die eben von der Westküste Afrila's zurückgekehrte Dampffregatte „Junon“ Ordre erhalten, nach Acapulco, an der mexikanischen Küste des stillen Oceans, abzugehen. Sie soll Ingenieure mitnehmen, welche die Eisenbahlinie von Acapulco nach Mexiko abzuteilen beauftragt sind. — Die französische Regierung hat sich entschlossen, die mexikanischen Hülfsstruppen (von Eingeborenen) auf 60,000 Mann zu vermehren, und das Kriegsministerium hat alle Anläufe bewerkstelligt, die zu dieser Vermehrung erforderlich sind.

Italien.

Turin, 22. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat heute mit 159 gegen 51 Stimmen den Gesetzentwurf genehmigt, laut dessen das zur Unterdrückung des Brigantenthums erlassene Gesetz, welches sonst am 1. Januar erloschen wäre, noch bis zu Ende des Monats Februar 1864 in Kraft bleiben soll.

Turin, 24. Dez. Der Senat hat das Budget für 1864 genehmigt. Das Abgeordnetenhaus hat sich bis zum 4. Januar vertagt. — Die amtliche Zeitung enthält folgende Note: „In dem zu Rom stattgehabten letzten Konistorium hat der Papst mehrere Bischöfe für die in der Romagna, den Marken und Umbrien erledigten Bischofsätze ernannt. Durch diese Ernennungen gedachte der Papst mehr einen Alt der Souveränität in den einverlebten Provinzen zu thun, als seine geistliche Autorität auszuüben, indem mehrere andere Bischofsätze in den anderen italienischen Provinzen erledigt sind und die Regierung ihre Wiederbesitzung vergeblich begeht hat. Die Regierung wird die zur Wahrung der Rechte des Staates nöthigen Schritte thun und das Exequatur verweigern.“

— Das „Giornale di Roma“ veröffentlicht ein Dekret der heiligen römischen und universellen Inquisition vom 21. Dezember d. J., kraft dessen der Abt Peter Margini, Pfarrer von Oggebiu in der Diözese Novara, mit dem großen Kirchenbann belegt wird, weil er mehrere Schriften verfaßt hat, die gegen die weltliche Macht des Papstes gerichtet sind.

Rußland und Polen.

!! Petersburg, 20. Dezbr. In dem am 17. hier angelangten Gefangenentransport waren unter 289 Gefangenen ein hundert und achtzig Nichtpolen. Franzosen, Italiener, Engländer und andere Nationen bildeten sonach die größere Hälfte eines Trupps, der im Gefecht für eine nationaleinsoliente Idee gefangen worden.

□ Aus Polen, 27. Dezbr. In Bezug auf die gemachte Mittheilung, daß am Grenzorte Grodzisko ein Wagen mit Böttcherholz konfisziert worden, weil in den ausgehöhlten und dann wieder verputzten Holzscheiben scharfe Patronen sich befunden, muß berichtigend bemerkt werden, daß der Vorfall nicht in Grodzisko, sondern an einem Grenzorte oberhalb Bromberg stattgefunden. Außer dem hier berichteten Irrthum hinsichtlich des Ortes ist der Sachverhalt in seinen Hauptmomenten wahrheitsgemäß dargestellt worden. Uebrigens steht der Fall, daß man in Holzscheiben Gegenstände nach Polen einschmuggelt, keineswegs vereinzelt da, und schon mehrmals wurden Seidenwaren u. s. w. auf diese Weise über die Grenze gefördert. (Vorstehendes theilen wir auf die uns aus Pleisten zugegangene Berichtigung mit. Die Ned.)

Warschau, 22. Dezember. Es unterliegt fast keinem Zweifel mehr, daß außer im Lublinschen Gouvernement (wozu bekanntlich auch das ehemalige Podlachische gehört) und der Bessarabischen Abtheilung im Radomischen die Banden der Insurgenter aufgehört haben, in größeren Abtheilungen zu existiren, und jetzt nur die kleinen Banden der sogenannten Hänge-Gendarmen von 10—30 Mann ihr Werk treiben. Im Plocken Gouvernement ist nach übereinstimmenden Berichten keine größere Insurgentenabtheilung aufzufinden gewesen. Im Radomischen hat sich wie gesagt zuletzt am 25. v. M. in Opatow Bossak (Haufe) gezeigt. Im Gouvernement Lublin, in den Kreisen Zamosc, Hrubieszow, Krasnystaw und Lukom sind im vorigen und in diesem Monat die Banden des Rozicki, Swidzinski, Otto, Palsh, Seruk, Marceti, Krynski und Ewiel (der schon einmal verschwunden war), Szydlowski und Zielinski, durch das russische Militär geschlagen worden. Im Gostyniner Kreise des Warschauer Gouvernement ist nämlich bloß die Insurgentenabtheilung unter Grosmann und Putzammer von den Russen erreicht und geschlagen worden. Syrewicz soll, wie man hört, seine Bande verlassen haben, und über die Grenze entkommen sein. Das ist so ungefähr der ganze Bestand des Insurgentenheeres, welches zusammen kaum noch 2 bis 3000 Mann betragen wird, wenn wir die als Räuber und Mörder umherziehenden Banden abrechnen. Nach den russischen Armeeberichten waren im Oktober allein 1500 Insurgenten in 42 verschiedenen kleinen Gefechten und Saarmützen gefallen und 1143 zu Gefangenen gemacht worden. — Zufolge neuer kriegsgerichtlicher Erkenntnisse ist erhängt worden: Schuster-Szusterski, österreichischer Unterhauptmann als Insurrections-Chef des Wilnaer Kreises. Wegen Desertionen wurden erschossen der Soldat Sofonow und der Kosak Konkon (Ost. Z.)

G Bon der polnischen Grenze, 25. Dezember. Im Koninischen Kreise sind abermals mehrere Insurgentenabtheilungen, die zum Theil beritten sind, aufgetaucht. Die Exesse, die von diesen Leuten begangen werden, grenzen fast ans Unglaubliche und ihre Rache gegen Einwohner Polens, die sie für russenfreudlich halten, kennt kein Maß und erstreckt sich selbst bis auf Kinder. Fast die ganze Garnison von Konin, Konin und Kolo, Infanterie, Husaren, Kosaken und Artillerie ist zu ihrer Verfolgung ausgezogen.

Amerika.

Newyork, 11. Dez. Der Amnestieerlaß des Präsidenten Lincoln ist in einer die Botschaft begleitenden Proklamation enthalten. Der Präsident bietet allen Bewohnern der rebellischen Staaten mit Ausnahme der höheren Offiziere (vom Obersten exklusive aufwärts) und derjenigen Personen, welche in dem Ministerium der konföderirten Regierung ein Amt bekleidet, oder welche früher ein richterliches Amt bekleidet, oder innegehabt haben oder aus dem Dienste der Vereinigten Staaten ausgetreten und zu den Rebellen übergegangen sind, und ferner diejenigen, welche farbige Soldaten anders denn als Kriegsgefangene behandelt haben — volle Amnestie unter der Bedingung an, daß sie den Vereinigten Staaten Treue schwören und die Beobachtung der vom Kongresse erlassenen Gesetze und der Proklamation des Präsidenten geloben. Außer der Amnestie wird gleichfalls die Wiedereinführung in sämtliches Besitzthum (Skaven ausgenommen) zugesagt. Wenn ferner in einem der abgefällten Staaten von Bürgern, deren Anzahl wenigstens gleich einem Zehntel der bei der Präsidentenwahl des Jahres 1860 in dem betreffenden Staate abgegebenen Stimmen ist, eine Lokalregierung errichtet wird, so soll dieser Staat auch ohne den vorgeschriebenen Eid in die Union wieder aufgenommen werden können. Der Präsident erklärt den in der Proklamation vorgeschlagenen Modus für den besten, den die Executive anzugeben wisse, die Annahme anderer Vorschläge sei dadurch jedoch keineswegs ausgeschlossen. Dem Kongresse wurden außerdem noch ausführliche Berichte der verschiedenen Ministerien vorgelegt. Herr Stanton erklärt die militärische Situation überall für befriedigend; nur Charleston mache eine Ausnahme. Die Verzögerung in dem Austausche der Kriegsgefangenen liege an der Ungenüglichkeit der Regierung, den Konföderirten gegen 13,000 Mann nordstaatliche Gefangene 40,000 Mann frischer Truppen zu stellen. Die Konföderation habe in zwölf Staaten 50,000 Soldaten und 10 Millionen Dollars geliefert, so daß eine Wiederholung der Aushebung unwahrscheinlich sei. Er schlägt vor, Negersoldaten in Bezug auf Löhnung den weißen Truppen gleichzustellen und schließt mit der Hoffnung, daß sein nächster Bericht den völligen Sturz des Aufstandes und die Wiederherstellung des Friedens verhindern werde. Von Neworleans wird berichtet, daß die Bundestrappen bei Vermillion Bayou in Louisiana den Konföderirten eine Niederlage beigebracht, worin letztere gegen 100 Mann und viele Pferde verloren.

New York, 12. Dez. Über Fort Monroe ist ein kurzer Abriss der Botschaft, welche Präsident Davis am 7. d. an den Kongress der konföderirten Staaten gerichtet hat, auf telegraphischem Wege hierher gelangt. Der Präsident spricht in kleinmütigem Tone von dem Berluft-Bicksburgs, Port Hudsons und vieler anderer Punkte. Seit seiner Botschaft im Januar habe sich in den Beziehungen zum Auslande keine günstige Wendung eingestellt; im Gegenteil, das Verhalten der europäischen Mächte habe einen thätichlich unfreundlichen Charakter angenommen. Wie sehr England für den Norden Partei nehme, gehe klar aus den Entscheidungen über die Blokade hervor, so wie aus dem seit dem Beginne (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

des Krieges wahrgenommenen bezeichnenden Unterschiede, den es zwischen der einen und der anderen kriegsführenden Partei beim Ankaufe von Kriegsbedürfnissen mache. Im weiteren Verlaufe der Botschaft weist der Präsident auf die Notwendigkeit einer Besteuerung hin, durch welche eine Verminderung des Noten-Umlaufs zu erreichen sei, damit die gegenwärtigen hohen Preise nicht ins Ungeheuerliche anschwellen. Er empfiehlt die Abschaffung der Stellvertretung und der Befreiung vom Militärdienste, um die Armee auf Schnellste auf eine möglichst bedeutende Stärke zu bringen. Er spricht sein Bedauern über den Stillstand aus, der in der Ausweichung der Kriegsgefangenen eingetreten ist, und beklagt, daß die Verbindung mit den Staaten jenseit des Mississippi so sehr gehemmt sei. Am Schluß heißt es: „Der Feind weißt die Vorschläge, in denen der einzige mögliche Weg zum Friedensschluß dargelegt ist, zurück. Die einzige Hoffnung auf Frieden liegt nun in kräftigem Widerstande.“ — Der Staat Georgien hat die Bekanntmachung erlassen, daß jeder Bürger, der das Alter von 15 Jahren überschritten, zur Vertheidigung des Staates in den Militärdienst zu treten habe.

Bom Landtage.

Herrenhaus.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Herrenhauses hat eine Reihe von Abänderungen zur Geschäftsordnung beantragt. Die wichtigsten darunter sind folgende: 1) Provisorische Führung der Präsidialgeschäfte bei Beginn der Session durch das Präsidium der abgelaufenen Session; 2) Zulässigkeit der Schlussberathungen auf mündlichen Vortrag ernannter Referenten ohne vorhergehende Kommissionsverhandlung; 3) Zulässigkeit weiterer Diskussion bei Gelegenheit von Interpellationen; 4) Zulässigkeit der Zurückweisung von Petitionen ohne Berathung im Plenum, falls kein Mitglied des Hauses sie aufnimmt.

Nach einer dem Präsidium des Herrenhauses zugegangenen Mitteilung des Ministers des Innern ist der Geh. Regierungsrath und Professor Dr. Schubert zu Königsberg, auf erfolgte Präsentation seitens der dortigen Universität, als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen und eingeladen worden, nach gescheiterter Niederlegung seines Mandats als Mitglied des Hauses der Abgeordneten an den Versammlungen des Herrenhauses Theil zu nehmen.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses soll Anfang Januar stattfinden, wenn nicht unvorhergesehene Umstände ein früheres Zusammentreten notwendig machen. Zur Tagesordnung steht dann: die Befehlsvollmacht über Verbitten des Zusammensetzens der Schiffe auf hoher See; Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission.

Haus der Abgeordneten.

Die Vertagung im Hause der Abgeordneten wird, wie jetzt bestimmt anzunehmen ist, bis zum 4. Januar dauern, falls nicht Ereignisse in Schleswig-Holstein ein früheres Zusammentreten des Hauses wünschenswert erscheinen lassen. — Die Beantwortung der Adresse des Hauses wird allein Amtshand nach nicht so beschleunigt werden, daß die Vertagung dadurch abkürzt würde.

Lokales und Provinziales.

Posen, 28. Dez. [Gefahr des Kohlendampfes.] Ein Unfall, der die unglücklichen Folgen hätte nach sich ziehen können, trug sich in den Festtagen beim Restaurant T. zu. Ein Dienstmädchen hatte ohne Wissen und Willen der Herrschaft die Klappen der Saalföhl, welche vor Abend noch mit Kohlen geheizt worden waren, zugemacht, und so sendete natürlich die noch im Ofen befindliche Kohlenglut ihren verderblichen Dampf in den Saal, ja selbst zwei angrenzende Zimmer, unter denen das Schlafkabinett, welches jedoch größtentheils verschlossen gewesen ist, wurden damit angefüllt. Die ganze Familie T., welche in diesem Zimmer schlief, wäre unrettbar eine Bente des Erfüllungstodes geworden, wenn nicht Frau T., die unter bestem Kopfschmerzen und Beklemmungen um 3 Uhr Morgens erwachte, noch so viel Geistesgegenwart gehabt hätte, die Fenster zu öffnen und ihren Haussmitgliedern, die bereits auf dem Aufboden lagen, wieder ins Bett zu helfen.

* [Weihnachtsfeier der ev. Frauen- und Jungfrauenvereins.] Am 23. d. Mts. fand die alljährliche Besteuerung des genannten Vereins im Pfarrhause der Petrigemeinde statt. Es wurden ausgeteilt von Brod, Fleisch, Holz, Kaffee, Eichornen, Kartoffeln je 100 Portionen. Außerdem wurden bescheit 25 Röste, 27 Jachten, 13 Händen, 14 Leoparden, 20 Paar Strümpfe u. s. w. Es mag bedeutendere Vereine in unserer Stadt geben, aber einen fleißigeren giebt's schwierig, denn alle Kleidungsstücke (6 Paar Schuhe und 8 Umhängetücher ausgenommen), die an Weihnachten den armen Witwen und älteren weiblichen Personen, und zu Oster und Michaeli den armen Konfirmandinnen aus sämtlichen evang. Kirchengemeinden ausgetheilt wurden, sind im Laufe des Jahres von den Vereinsdamen eigenhändig gefertigt worden, und darum verdient der Verein nach Vorfotgleich, 9. 36 den Namen Tabea-Verein, den ihm der Konf. Rath Dr. Goebel in seiner Ansprache beilegte. Der Herr Oberprediger Seelte hielt das Schlussgebet.

— [Pastor Frank], der an der hiesigen Petrigemeinde 3½ Jahr gewirkt hat, ist als Feldprediger nach Schleswig-Holstein berufen worden und hielt am zweiten Feiertage vor einer sehr zahlreichen Versammlung seine Abschiedsrede.

— [Sekundraball.] Wie alljährlich, so fand auch diesmal am zweiten Weihnachtsfesttage in der Thalia ein solcher Kinderball statt, zu dem sich unter dem Schutz ihrer Eltern eine Schaar von ca. 30 kleinen Tänzerinnen und Tänzern in verschiedenartigen Balltümmlingen — die kleinen Herren freilich ohne Leibrock — eingefunden, die im Hotel de Saxe von ½ 8 bis ½ 10 Uhr um einen reichbeladenen Christbaum mit liebenswürdigem Unbehülflichkeit ihre mutigen Tänze aufführten. Um ½ 10 Uhr wurde der prächtige Christbaum angezündet und unter seinem magischen Lichte fand die Verlosung der daran hängenden Geckente statt, denen alsdann noch die Vergrößerung eines mit vielen schönen Gaben bedekten Tisches folgte.

Am 21. Dezember aus St. Adalbert Nr. 30: Eine Quantität wollene bunte Handtücher und wollene schwarz auch weiß getrickte Armele.

Am 23. Dezember Abends vom Wagen entwendet: ein roth melirter Havelock mit ovalen Hornknäpfen. — Ferner an demselben Tage aus den Marktburden im Gebäude: ein Blam-Muff mit Pelz gefüttert und mit schwarzen Täschchen eingefasst, ½ Dutzend Kanin-Manschetten, eine blaue und eine schwarze vierreifige Mütze mit schwarzen Baranellen besetzt und eine vierreifige Bibermütze mit grünlederinem Unterfutter.

In der Nacht vom 24. zum 25. aus Wasserstraße Nr. 6: einen Anker Mofrich mit der Nummer 4589 und circa zehn Quart Mohnöl. Am 26. Dezember als mutmaßlich gestohlen in Besitz genommen: ein schwarztuiche

Buvin, 26. Dez. [Schlägerei in Kurnik.] Wie Johanni in Posen, so findet in Kurnik stets am 2. Weihnachtsfeiertage der Gefindemietmarkt statt, bei welcher Gelegenheit es namentlich in den Schänken sehr lärmend zugeht. Denn an diesem Tage ist jeder noch nicht vermietete Dienstbote frei, und sucht sich für ein ganzes Jahr zu enthädigen. In einer Schänke unweit des Rathauses entspannt sich Nachmittags unter den politischen Landleuten eine starke Schlägerei, welche auf der Straße fortgesetzt wurde, und wobei es einige blutige Köpfe gegeben hat. Die herbeigerufenen Wachtmeistern verhinderten die Ruhe nicht herzustellen. Es wurde somit das ganze dort stationirende Militär, vielleicht 30 Mann, alarmirt, vor dem Rathause aufgestellt, und einige Hufaren aufgegeben, die dicht mit Menschen angefüllte Straße zu räumen, welches auch mit der größten Ruhe, ohne einen Menschen zu verletzen, geschehen ist. Viele dieser Leute aus der Brüder Gegend von Kurnik zurückgekommen, versuchten hier in einer Schänke die Schlägerei wieder aufzunehmen, allein der Urheber wurde sofort unschädlich gemacht, und durch das energische Auftreten des Wirths und der anwesenden Deutschen fanden auch die Uebrigen es für ratsam, fortzugehen. Einer von ihnen, bei einem hiesigen polnischen Bürger im Dienst, drohte seine Brotverkunft in der Stube mit einer herbeigeholten Runde zu schlagen, und wurde noch spät Abends trotz allen Sträubens und aller Rufe der Umstehenden: „nie dassig!“ zur Haft gebracht.

m Grätz, 27. Dezbr. [Einbeckerungen.] Das Fest der Einbeckerungen, das Fest der Freude für Jung und Alt, für Reich und Arm ist nun vorüber. Von allen Seiten hören wir, wie reichlich für letztere gesorgt worden. Auch unsere Stadt ist nicht zurückgeblieben, jede Nationalität bat für ihre Armen nach Möglichkeit gesorgt. Schon seit vielen Jahren besteht hier ein evangelischer Frauen- und Jungfrauen-Berein der alljährlich zu Weihnachten viele arme Kinder vollständig bekleidet, und ein jüdischer Kleidungsverein, welcher ebenfalls alljährlich zum Winter eine bestimmte Anzahl Kindes einfleidet. Die katholischen Armen werden aus dem Vincentia Pauli-Berein nach Kräften unterstützt. Außerdem sammeln alljährlich zu Weihnachten die evangelischen und katholischen Lehrer von den Gönnern und Freunden der Schulen Beiträge und bereiten damit den armen, fleißigen, geistigen und die Schule regelmäßig besuchenden Kindern eine Einbeckerung. Die diesjährigen Sammlungen haben sowohl bei den Evangelischen als bei den Katholiken circa 40 Thlr. ergeben. Am ersten Weihnachtsfeste erhielten die armen Kinder in den ausgezeichneten Klassen in Gegenwart ihrer Gönnner und Freunde ihre Gaben und zwar erhielten bei den Evangelischen 20 arme Kinder Jacken, Hüte resp. Kleid, Schuhe und Strümpfe u. c., und bei den Katholiken 30 Kinder Schuhe, Strümpfe, Hemden, Tücher u. c. Leider reichen all diese Bestrebungen noch nicht hin, die große Armut zu befriedigen.

○ Koźmin, 23. Dez. Der hiesige Bürgermeister Rex hat dem „Dziennik poznański“ die nachstehende Erklärung zugefunden: „Herr Redakteur! Aus Ihrem Blatte (Nr. 292) ersehe ich, daß mich der Abgeordnete Lyskowski in der 16. Plenarsitzung des Hauses der Abgeordneten am 12. Dezember d. J. der Verübung des durch §. 321 des Straf-Gesetzbuchs bedrohten Verbrechens öffentlich beschuldigt hat. Wegen dieser infamen lügenhaften Beschuldigung werde ich von dem Abgeordneten Lyskowski auf Grund des §. 28 des Gesetzes vom 31. Januar 1850 Genugthuung fordern.“

○ Koźmin, 27. Dezember. [Drohbriefe.] Gestern ging mit dem Poststempel Berlin 24. d. M. ein Brief an den hiesigen Magistrat mit 3 Sgr. Porto beschwert ein, in dem sich ein Schreiben an den Bürgermeister Rex befand, worin diesem mitgetheilt wird, daß man die Adresse gewählt, damit Rex den Brief sicher erhalten und worin man bei Gott schwört, daß, sofern Rex noch eine Revision vornehmen werde, ihn Dolch oder Gift erwarte, denn das sei jetzt Lösung und Feldgeschrei. Auch würden die Angehörigen im brennenden Hause den Tod finden. Unterschrieben ist dieses Schriftstück „die vereinigten geschworenen Brüder des deutschen Bundes“. Styl und Orthographie lassen sich mit Leichtigkeit auf einen polnischen Verfasser zurückführen. Die anderweitigen Titulaturen des Schreibens lassen wir aus Achtung vor den Lefern Ihres Blattes fallen. Es wird dieser Umstand auch jetzt schon dahin führen, daß der hiesige Magistrat eben so wie es Rex schon längst gethan, keine unfrankirten Sendungen mehr annehmen wird und werden die Absender daher für die Folge gut thun, die Schreiben frankirt abzufinden.

○ Peschen, 25. Dezbr. [Weihnachtsfeiern.] Gestern feierten die Hölzlinge des hiesigen evangelischen Knaben- und Mädchen-Rettungsbaues den heiligen Christabend in fröhlicher Weise. Nach dem Gelänge einiger Lieder wurde Herr Pastor Strecker eine allgemein ansprechende Festrede. Im Schlafsaale lagen auf langen Tafeln die vielen Geschenke für die armen verlassenen Waisen, die nicht nur aus allen Theilen Preußens, sondern auch aus den fernsten Gauen Deutschlands auf die einfache und schlichte Bitte des Vorstehers der beiden Anstalten Herrn Pastor Strecker zahlreich eingegangen waren. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein mit dem Poststempel „Szczecin“ von einem Anonymus eingeschicktes kostbares Geschenk, das nach der Bestimmung des edlen Gebers zum Besten der Anstalten verkauft werden soll. — Am verlorenen Sonntage wurden vom evangelischen Frauenverein 59 arme Kinder und Witwen mit verschiedenen Kleidungsstücken (6 Paar Schuhe und 8 Umhängetücher ausgenommen), die an Weihnachten den armen Witwen und älteren weiblichen Personen, und zu Oster und Michaeli den armen Konfirmandinnen aus sämtlichen evang. Kirchengemeinden ausgetheilt wurden, sind im Laufe des Jahres von den Vereinsdamen eigenhändig gefertigt worden, und darum verdient der Verein nach Vorfotgleich, 9. 36 den Namen Tabea-Verein, den ihm der Konf. Rath Dr. Goebel in seiner Ansprache beilegte. Der Herr Oberprediger Seelte hielt das Schlussgebet.

— [Pastor Frank], der an der hiesigen Petrigemeinde 3½ Jahr gewirkt hat, ist als Feldprediger nach Schleswig-Holstein berufen worden und hielt am zweiten Feiertage vor einer sehr zahlreichen Versammlung seine Abschiedsrede.

— [Sekundraball.] Wie alljährlich, so fand auch diesmal am zweiten Weihnachtsfesttage in der Thalia ein solcher Kinderball statt, zu dem sich unter dem Schutz ihrer Eltern eine Schaar von ca. 30 kleinen Tänzerinnen und Tänzern in verschiedenartigen Balltümmlingen — die kleinen Herren freilich ohne Leibrock — eingefunden, die im Hotel de Saxe von ½ 8 bis ½ 10 Uhr um einen reichbeladenen Christbaum mit liebenswürdigem Unbehülflichkeit ihre mutigen Tänze aufführten. Um ½ 10 Uhr wurde der prächtige Christbaum angezündet und unter seinem magischen Lichte fand die Verlosung der daran hängenden Geckente statt, denen alsdann noch die Vergrößerung eines mit vielen schönen Gaben bedekten Tisches folgte.

Inserate und Körben-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Dienstag den 29. d. M. Vormittags 10 Uhr sollen im Hause des Theaters in der Schulstrasse die dem Militärfiskus gehörigen Gebäudelkeiten, als: ein Bretterzaun, ein Appartementsgebäude von Bretter, und ein Streuschuppen von Holz, auf den Abriss öffentlich an den Meistbietenden gegen gleichbares Bahlung an Ort und Stelle verkauft werden.

Die Bekanntmachung der Bedingungen erfolgt vor dem Termin.

Posen, den 24. Dezember 1863.

Königliche Garnisonverwaltung.

Bekanntmachung.

Vom 1. Januar 1864 ab wird in Abänderung der Bestimmung sub II. ad 4. des Tarifs für die von uns verwalteten Bahnen, die Gültigkeit der sogenannten Tagesbillets, welche nach wie vor für die bisherigen Touren ausgebogen werden, auf zwei Kalendertage festgestellt und zwar so, daß die Rückreise innerhalb des Tages, an welchem das Billett gelöst ist, und innerhalb des darauf folgenden Tages, ohne Rücksicht auf die Stunde der Billetlösung, angetreten werden kann.

Die bisher vorgeschriebene Abstempelung der Tagesbillets vor Antritt der Rückreise ist ferne nicht weiter erforderlich.

Breslau, den 23. Dezember 1863.
Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Polizeiliches.

Am 21. Dezember aus St. Adalbert Nr. 30: Eine Quantität wollene bunte Handtücher und wollene schwarz auch weiß getrickte Armele.

Am 23. Dezember Abends vom Wagen entwendet: ein rot melirter Havelock mit ovalen Hornknäpfen. — Ferner an demselben Tage aus den Marktburden im Gebäude: ein Blam-Muff mit Pelz gefüttert und mit schwarzen Täschchen eingefasst, ½ Dutzend Kanin-Manschetten, eine blaue und eine schwarze vierreifige Mütze mit schwarzen Baranellen besetzt und eine vierreifige Bibermütze mit grünlederinem Unterfutter.

In der Nacht vom 24. zum 25. aus Wasserstraße Nr. 6: einen Anker Mofrich mit der Nummer 4589 und circa zehn Quart Mohnöl.

Am 26. Dezember als mutmaßlich gestohlen in Besitz genommen: ein schwarztuiche

Quartier und schrieb einige Briefe. In der sechsten Stunde hiess er den Burzchen aus dem Zimmer gehen und verriegelte dasselbe. Kaum war der Burzche einige Schritte aus dem Hause, da hörte er einen Schuß fallen. Er lief zurück und fand die Thür verriegelt, worauf er Leute herbeirief, um dieselbe mit Gewalt zu öffnen. Die Eintretenden fanden den Fähnrich auf dem Fußboden im Todeskampfe liegen, neben ihm einen Revolver. Zwei Wunden waren am Kopfe, welche beweisen, daß der Fähnrich zwei Mal sich nach dem Kopfe geschossen. Ein Arzt wurde sogleich herbeigerufen, aber die Wunden waren so gefährlich, daß der Leidende nach acht Stunden den Geist aufgab. Die Motive dieser That sind Allen ein Rätsel. Viele behaupten, daß Geldschulden den Fähnrich dazu getrieben hätten. — Vorige Woche rückten die Dragoner von hier aus, welche seit dem Monat März d. J. hier stationiert waren. Auch die Infanterie verließ uns zu gleicher Zeit. Gegenwärtig haben wir eine Eskadron Ulanen, welche aus Pleichen kam, und die 12. Kompanie vom Grenadier-Regiment Nr. 12, welche in Schrimm garnisoniert hat.

Bermischtes.

* Das vom Kriegsgerichte in Paris gegen den Unter-Lieutenant Fleury (wegen Ermordung seiner Geliebten) gesprochene Urtheil, auf Degradation und 20-jährige Zwangsarbeit lautend, ist von dem militärischen Revisionshofe von Paris auf Antrag des Vertheidigers Lachaud fassirt worden.

* Der berühmte englische Schriftsteller W. M. Thackeray ist am 24. d. tot in seinem Bett gefunden worden.

* In Russland ist ein sehr ausgedehntes Terrain, welches Petroleum in großer Menge enthält, aufgefunden worden. Der amerikanische Colonel Gowan hat davon 30,000 Acres gemutet und beginnt jetzt die Ausbeute des Erdöls. Wir werden also bald in Europa eine Konkurrenzproduktion dieses jetzt schon bedeutenden Handelsartikels haben.

Nedaktions-Korrespondenz.

Für die „Hülfbedürftigen in Schleswig-Holstein“ sind mir als Monatsbeitrag des Herrn Rittergutsbesitzers Heinemann-Klenke 30 Thaler zugegangen. Die Verhaffung von schleswig-holsteinischen Anteilebescheinigen bin ich bereit zu vermitteln.

Dr. Joachimus.

Angekommene Fremde.

Vom 25. Dezember.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Haus aus Kosatko, Heckerdt aus Blawce, Navrocki aus Lubanie und Lehmann aus Garby, Ober-Inspektor Plümke aus Jarocin, Geometer Heidenreich und Zimmermeister Wagner aus Dobrom, Forstkommandant Horn aus Bielenka, Probst Trenkowki aus Obrzycko.

HOTEL DE PARIS. Geometer Saal aus Laszewo, die Pröbste Grodak aus Dwinst und Wachalski aus Bialezyn, Gutsverwalter Miaslowski aus Wreschen.

EICHENER BORN Gärtner Bijahns aus Bojanowo.

PRIVAT-LOGIS. Premierleutnant a. D. und Rentier Hebbmann aus Schmiegel, Berlinerstrasse Nr. 13.

Vom 26. Dezember.

HOTEL DE BERLIN. Kreisrichter Trzaska nebst Frau aus Grätz, Gutsbesitzer v. Krzyzanski aus Bielawy, Ubrnacher Wołoski aus Lissa, die Kaufleute Bruchmann aus Glogau, Lehmann aus Breslau, Neumann aus Thorn und Kurz aus Nowa Ruda.

HOTEL DE PARIS. Abiturient Polewski aus Glogau, Gutsverwalter Skrzynski aus Dembno.

Vom 27. Dezember.

SCHWARZER ADLER. Lehrer Borste aus Mewe und Probst Kozubski aus Samter.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Sikorski aus Krostowo, v. Bychinski aus Słotnik, v. Chelinski, v. Kowalski und Frau Gutsbesitzer Beithen aus Polen.

<

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Da nach dem neuen Reglement der Posenschen Provinzial-Feuer-Sozietät die Gebäudeversicherung nunmehr auch den Privatgesellschaften gestattet ist, so hält sich die obige Gesellschaft vom 1. Januar 1864 ab auch zur Annahme von Versicherungen auf Gebäude in Posen gegen billige und feste Prämien bestens empfohlen. Den Hypothekengläubigern wird dabei die größte Sicherheit gewährt. Der Stand der Gesellschaft ergibt sich aus dem endstehenden Abschluß des Jahres 1862. Zu näherer Auskunft, sowie zur Unterstützung bei Aufnahme von Versicherungsanträgen ist jederzeit bereit der Agent der Gesellschaft

Salomon Löwinsohn,

große Gerberstraße Nr. 28.

Geschäftsresultat des Jahres 1862.

Grundkapital	Thlr. 3,000,000.
Prämien- und Zinsen-Einnahme für 1862 (exkl. der Prämien für spätere Jahre)	1,816,007. 11 Sgr.
Prämien-Reserven	2,722,393. 23 =
	Thlr. 7,538,401. 4 Sgr.
Versicherungen in Kraft während des Jahres 1862	963,104,610.

Winter-Saison in Bad Homburg vor der Höhe.

Die Wintersaison von Homburg bietet den Fremden alle Annehmlichkeiten und Berstreuungen größerer Städte.

Das großartige Konversationshaus bleibt das ganze Jahr hindurch geöffnet; dasselbe hat in jüngster Zeit durch verschiedene Neubauten noch weitere Ausdehnung gewonnen und enthält viele prachtvoll dekorirte Räume, einen großen Ball- und Konzertsaal, einen Speisesalon, Kaffee- und Rauchzimmer, mehrere gleichmäßig ausgestattete Konversations- und Spielsäle. Das große Lesekabinett ist dem Publikum unentgeltlich geöffnet und enthält die bedeutendsten deutschen, französischen, englischen, italienischen, russischen, polnischen und holändischen politischen und belletristischen Journale. Die Restauration ist dem rühmlichsten bekannten Hause Chevet aus Paris anvertraut.

Jeden Abend läßt sich die beliebte Skirtapelle von Garde und Koch in dem großen Ballsaale hören.

Bälle, Concerte und andere Festlichkeiten wechseln, wie in der Sommer-Saison, fortwährend mit einander ab. Eine ausgezeichnete französische Vaudeville Gesellschaft ist engagiert, die in dem neuerrichteten, höchst elegant ausgestatteten Theatergebäude, welches durch eine geheizte Gallerie mit dem Konversationshause verbunden ist, wöchentlich zwei bis drei Vorstellungen gibt.

Große Jagden in weitem Umkreise enthalten sowohl Hochwild als alle andere Wildgattungen.

Bad Homburg befindet sich durch die Vollendung des rheinischen und bayerisch-österreichischen Eisenbahngesetzes im Mittelpunkte Europas. Man gelangt von Wien in 24 Stunden, von Berlin in 15 Stunden, von Paris in 16 Stunden, von London in 24 Stunden, von Brüssel und Amsterdam in 12 Stunden vermittelst direkter Eisenbahn nach Homburg. Vierzehn Stile geben täglich zwischen Frankfurt und Homburg hin und her — der leiste um 11 Uhr — und befördern die Fremden in einer halben Stunde; es wird denselben dadurch Gelegenheit geboten, Theater, Concerte und sonstige Abendunterhaltungen Frankfurts zu besuchen.

Das Dominium **Wolenica** bei Koźmin hat 150 Stück fette Hammel zum sofortigen Verkauf.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich Bestellungen auf Kindergarderoben für Knaben und Mädchen in jeder beliebigen Weise entgegen nehme, und werde bestimmt sein, aufs Geschmackvollste und Sauberste die Bestellungen auszuführen.

W. G. Pincus geb. Brandt,
Schloßstr. 5, 2 Treppen hoch.

Spielkartenfabrik L. Heidborn in Stralsund.

Eingesandt: Aus einem Gutachten.

„Dass die Spielkartenfabrik von **L. Heidborn** in Stralsund bei so großem Betriebe doch alljährlich an Umsatz wächst und noch in diesem Jahre Neubauten zur Erweiterung der Fabrikation vornehmen müste, beweist, dass das Publikum das Fabrikat von **L. Heidborn** in Stralsund allen anderen Spielkarten vorzieht. — Die Vorzüglich der Spielkarten von **L. Heidborn** in Stralsund bestehen nicht allein in der feinen äußerlichen Ausstattung, sondern vielmehr darin, daß sie, neben ihrer Feinheit und großen Festigkeit beim Spielen nicht aufblättern und nicht rauh werden, was auf den zur Leitung u. Politur angewendeten technischen Mitteln beruht, deren Zusammenfügung bekanntlich ein Fabrikgeheimnis von **L. Heidborn** in Stralsund ist u. i. w.“

Das Neueste in **Neujahrskarten** bei
C. W. Kohlschütter, Markt 58.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 28. Dezember 1863. (Wolff's teleg. Bureau.)

	Not. v. 24.	Not. v. 24.
Roggen, matt.		Loto.
Loto.	36	Dezember 11½ 11½
Dezember	35½	Frißjahr 11½ 11½
Frißjahr	36½	Fondsbörs: fest.
Spiritus, unverändert.		Staatschuldscheine 87½ 87½
Loto	14½/24	Neue Potener 4%
Dezember	14½	Pfandbriefe 93 93
Frißjahr	14½	Polnische Banknoten 86½ 86½

Stettin, den 28. Dezember 1863. (Marcuse & Maass.)

	Not. v. 24.	Not. v. 24.
Weizen, stille.	54	Mai-Juni 36
Loto	54½	Rüböl, stille.
Dezember	54½	Dezember 11 11½
Frißjahr	56½	April-Mai 11 11
Roggen, matt.	33½	Spiritus, unverändert.
Loto	33½	Dezember-Januar 13½ 13½
Dezember	33½	Frißjahr 14½ 14½
Frißjahr	35½	Mai-Juni 14½ 14½

Neujahrskarten in großer Auswahl bei Rudolph Hummel.

Conto-Bücher

jeder Art, sauber eingerichtet und dauerhaft gebunden, empfiehlt

Salomon Lewy,

Papier- und Tabak-Handlung,
Breitestraße 21.

Ein gut erhaltenes Schaufenster ist zu verkaufen Breslauerstraße Nr. 4.

Napstücken

schöner, frischer Qualität, empfiehlt

S. Calvary,

Breitestraße 1.

Beste Leinwachen und frisches

Leinöl offeriert billig

Julius Wolffsohn,

Posen, Wronkerstraße 21.

Frische Kieler Sprotten

empfiehlt **Icidor Appel**, n. d. f. Bamf.

Täglich frische Austern

bei **Carl Schippmann Nachf.**

Nur die sch. fr. M.-Wallnüsse bei Kletschhoff.

Frische fette Kieler Sprotten u. fetten Räucherlachs

empfiehlt **Jacob Appel**,

Wilhelmsstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Grüner groß. Astrach. Kaviar,

Rügenwalder Gänsebrüste,

empfiehlt **H. G. Wolff**, Wilhelmsstr. 27.

Sof. i. eine Milchpacht z. vergeb. Die Nest.

woll. i. Adress. abgeb. Halbdorfstr. 3 b. Knäfer.

Königl. Preuß. Lotterie-

Losz-Anteile zur 1. Kl. 129. Lotterie 1½, ½, ¼, ⅓, ⅕, ⅖, ⅗, ⅘, ⅙, u. s. w. verändert am billigsten

A. Cartellieri

in Stettin.

Billigte, reellste,

Lotterie-Loose

veröffentlicht im Original

Sutor,

Klosterstr. 37 in Berlin.

prompteste Bedienung.

Lotterie-Loose

Wiertel und Anteile bis ¼ sind wiederum

billig zu haben in Berlin bei

Ab. Hartmann, Landsbergerstr. 86.

Lotterie-Loose

verkauft u. ver-

sendet reell am billigsten

nebst Erneuerung ohne Nutzen.

Bethge, Büdnenstr. 30, Berlin.

In meinem Hause, Schloßstraße, ist vom

1. April 1864 ab ein Laden nebst Komtoir,

sowie eine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern und Gelab, welche Herr Joachim gegenwärtig inne hat, zu vermieten.

Philipp Weltz jun.

Ein möbl. Zimmer, Parterre, billig zu ver-

mieten Berlinerstraße Nr. 15 c.

St. Adalbert Nr. 46 sind Wohnungen

und Remise zum 1. April 1864 zu vermieten.

Ein Zimmer mit Kabinett und Küche wird

sofort zu mieter gesucht. Von wem? sagt

die Exped. d. Zeitung.

Friedrichsstraße 29, zweite Etage, ist eine

möblirte Stube zu vermieten.

St. Adalbert Nr. 5 i. 1 möbl. St. zu verm.

Friedrichsstr. 27 sind möbl. Stuben zu ver-

mieten und gleich zu beziehen u. 1 Laden nebst

Wohnung vom 1. April.

1 möbl. Stube zu verm. Wasserstr. Nr. 21.

Eine in der Nähe des alt. Marktes belegene

Stube, besond. Eingang, Parterre, mit Möbeln

ist sofort billig zu vermieten. **Scherek**,

Markt 71, erhält gef. Auskunft.

Ein möbl. Parterre-Zimmer ist Halbdorf-

straße Nr. 29 sofort zu vermieten.

W. Decker & Co.

Eine Stube nebst Kabinet in 1. Etage vorher heraus ist zu vermieten. Näheres Was- serstraße 30 im Leinen- und Modewaren-Geschäft

S. H. Horach.

Eudenstraße Nr. 4 ist eine möblirte Parterrestube zu vermieten. Zu erfragen im Hof links.

Ein gewandter, beider Geschäftssprachen mächtiger Büroangestellte findet Wilhelmstraße Nr. 13 ein Unterkommen.

Für ein **Stabeisen** (en gros) Geschäft

wird ein junger Mann, der neben praktischer

Kenntnis dieser Branche auch mit der Buch-

führung und Correspondenz vertraut ist, unter

vorteilhaften Bedingungen zum sofortigen

Antritt zu engagieren gewünscht. Nächste Aus-

kunft wird Herr **Samuel Leichten-**

tritt in Posen gegen schriftliche Anfragen

günstig ertheilen.

Ein gebildetes Mädchen wird zur Unter-